



**Nachbarschaftshilfe
in der Corona-Pandemie.**
Ergebnisse einer repräsentativen
Befragung in Nordrhein-Westfalen.

Nachbarschaftshilfe in der Corona-Pandemie.

Ergebnisse einer repräsentativen
Befragung in Nordrhein-Westfalen.

Torsten Bölting, Björn Eisele, Sebastian Kurtenbach

Inhalt

Abstract	3
1. Einleitung	4
2. Potenziale und Grenzen von Nachbarschaftshilfe	5
3. Umsetzung der Befragung	8
4. Ergebnisse	10
4.1. Perspektive der Bevölkerung in NRW auf die Corona-Krise	10
4.2. Familie, Nachbar und Sozialstaat in der Krisenbewältigung.....	15
4.3. Perspektiven der Nachbarschaftshilfe nach Siedlungstypen.....	24
5. Zusammenfassung der Ergebnisse	25
5.1. Die Menschen in der Pandemie.....	26
5.2. Nachbarschaftshilfe in der Corona-Pandemie	27
5.3. Stadt-Land-Gefälle im Hilfepotenzial	28
6. Forschungsbedarf und Handlungsempfehlungen	29
6.1. Forschungsbedarf.....	29
6.2. Handlungsempfehlungen.....	30
Literaturverzeichnis	31

Abbildungen

Abbildung 1: Städte in NRW differenziert nach Siedlungsdichte.....	9
Abbildung 2: Informationsmedium nach Altersklassen.....	10
Abbildung 3: Erwartete Dauer der Corona-Krise.....	11
Abbildung 4: Gefährdung der eigenen Situation.....	12
Abbildung 5: Berufliche Folgen der Pandemie.....	13
Abbildung 6: Risikogruppenzugehörigkeit.....	14
Abbildung 7: Notwendigkeit von Unterstützung (aktuell).....	15
Abbildung 8: Bewertung der Nachbarschaft.....	16
Abbildung 9: Intensität nachbarschaftlicher Kontakte nach Kaufkraft.....	17
Abbildung 10: Inanspruchnahme von Unterstützung vs. Engagement.....	18
Abbildung 11: Inanspruchnahme von Unterstützung / Engagement nach Haushaltstypen	19
Abbildung 12: Engagement in der Nachbarschaft.....	20
Abbildung 13: Organisation nachbarschaftlicher Unterstützung.....	20
Abbildung 14: Voraussetzungen für nachbarschaftliches Engagement.....	21
Abbildung 15: Typisierung der Voraussetzungen für Nachbarschaftshilfe.....	22
Abbildung 16: Vorgehensweise bei der Suche nach Unterstützung.....	23
Abbildung 17: Digitale Vernetzung in der Nachbarschaft.....	24
Abbildung 18: Intensität nachbarschaftlicher Kontakte nach Siedlungsdichte.....	24
Abbildung 19: Inanspruchnahme von Hilfe / Engagementpotenzial nach Siedlungsdichte.	25

Tabellen

Tabelle 1: Teilnahme nach Haushaltstypen.....	9
Tabelle 2: Teilnahme nach Siedlungsbereichen (EU-Stadt-/Landgliederung).....	9

Abkürzungsverzeichnis

BMG	Bundesministerium für Gesundheit
CoViD-19	Corona Virus Disease 2019
EBZ	Europäisches Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
IfSG	Infektionsschutzgesetz
InWIS	Institut für Wohnungswesen, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum und an der EBZ Business School
LZG NRW	Landeszentrum Gesundheit NRW
MAGS.NRW	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW	Nordrhein-Westfalen
RKI	Robert Koch-Institut
SARS-CoV-2	Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus 2
WHO	World Health Organization
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Abstract

Die InWIS Forschung & Beratung GmbH (Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum und an der EBZ Business School; Prof. Dr. Torsten Bölting und Dipl.-Soz. Björn Eisele) sowie die FH Münster, Fachbereich Sozialwesen / Department of Social Work (Dr. Sebastian Kurtenbach) haben im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zwischen 26. März und 2. April 2020 eine ad-hoc-Befragung von 1.012 Haushalten in NRW anlässlich der grassierenden Coronavirus-Pandemie¹ umgesetzt. Diese Befragung hatte zum Ziel, die Sicht der Bevölkerung auf Risiken und Gefahren der Pandemie sowie zu möglichen Versorgungsengpässen zu ermitteln. Zudem sollten Potenziale und Restriktionen der Aktivierung nachbarschaftlicher Hilfestellungen als (mögliche) Kompensation zur Sicherung der Versorgung von Haushalten sowie zur Vermeidung von Einsamkeit bei einer fortgesetzten Kontaktsperre aufgearbeitet werden. Die Studie kam zu folgenden Ergebnissen:

- Die Bevölkerung hat sich auf eine längere Dauer der Krise (durchschnittlich sechs Monate) eingestellt und wird daher auch Gegenmaßnahmen in gewisser Hinsicht für längere Zeit akzeptieren.
- Die Bevölkerung sorgt sich stärker um wirtschaftliche Folgen der Pandemie als um eigene gesundheitliche oder soziale Einschränkungen.
- Die Krisensituation fördert grundsätzlich nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft, es bedarf jedoch ggf. Unterstützung zur Aktivierung des Potenzials. Dies gilt insbesondere, weil ein Teil des Engagementpotenzials von solchen Gruppen ausgeht, die aufgrund beruflicher oder anderer Einschränkungen in der Tat nur begrenzt helfen können (z. B. Familien).
- Haushalte mit geringen Einkommen haben wenig Zutrauen in die eigene Nachbarschaft und drohen von der erkennbaren Hilfsbereitschaft ausgeschlossen zu bleiben, weshalb hier ein Fokus der organisatorischen Unterstützung liegen müsste.
- Erwartungsgemäß sind Nachbarschaftsnetze eher in ländlich strukturierten Räumen vorhanden und handlungsfähig, während ihre Verbreitung in dichter besiedelten Räumen geringer bleibt. Dies korrespondiert mit dem vorgenannten Aspekt.
- Das Potenzial digitaler Foren in der Nachbarschaft ist ausbaufähig, wobei bislang auf diese Weise nur etwa ein Drittel der Haushalte erreicht werden kann. Insgesamt benötigt die digitale Vernetzung offenbar eine „analoge Anbindung“, damit Hilfe wirksam werden kann.
- Es zeigt sich, dass klassische Knotenpunkte des Gesundheitswesens (Arztpraxen, andere medizinische Einrichtungen) auch für Hilfestellungen z. B. in Quarantänesituationen aufgesucht werden. Das kann zu einer starken Belastung des Gesundheitswesens führen. An dieser Stelle können nachbarschaftliche Netze einspringen, sofern die Koordination zwischen ehrenamtlicher Hilfe und Akteuren des Gesundheitswesens organisiert wird.

¹ In der (Fach-) Öffentlichkeit werden einige Begriffe rund um die sog. „Corona-Pandemie“ teils unscharf genutzt. Diese Publikation bezieht sich auf die Pandemie, die durch das Coronavirus „SARS-CoV-2“ und die daraus folgende Covid-19-Erkrankung (Corona Virus Disease 2019) hervorgerufen wird. Hinsichtlich der Begrifflichkeit orientiert sich die Studie an den offiziellen Verlautbarungen des Robert Koch-Instituts.

1. Einleitung

Spätestens seit Mitte März 2020 ist Nordrhein-Westfalen, wie große Teile der übrigen Welt, im Krisenmodus. Die CoViD-19-Pandemie hat zu einem bislang ungekannten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausnahmezustand geführt, dessen Konsequenzen zurzeit nur schwer abzusehen sind. Das bevölkerungsreichste Bundesland nahm hier eine besondere Rolle innerhalb Deutschlands ein. Bekanntermaßen kam es im Kreis Heinsberg bereits sehr früh zu einer verstärkten Zunahme der Infektionszahlen mit dem „Coronavirus“, das zuvor seit Ende 2019 in der chinesischen Großstadt Wuhan zu einer stetig wachsenden Zahl von schweren Atemwegserkrankungen führte. Offenbar war es im Kreis Heinsberg (in Gangelt) infolge noch abschließend zu klärender Infektionsketten zu einer frühen Verbreitung des Virus gekommen, was die dortigen Gesundheitsbehörden in Abstimmung mit dem zuständigen Landesministerium bereits Ende Februar 2020, also viel früher als in anderen Regionen Deutschlands, zu verschiedenen Maßnahmen veranlasste. Mittlerweile geht die Zahl der Infizierten im Kreis Heinsberg bereits deutlich zurück; zugleich wird das Geschehen dort im Sinne eines „Real-Labors“ epidemiologisch eingehend untersucht.²

Parallel grassiert die CoViD-19-Pandemie weltweit mit gravierenden Folgen. Nachdem zunächst – neben China – v. a. Italien und Spanien stark von den Folgen betroffen waren, verlagerte sich das Geschehen zunehmend auf weitere Länder, wie z. B. Großbritannien und die USA. Aktuell geht die World Health Organization von knapp 3,4 Mio. bestätigten Infektionen und etwa 240.000 Todesfällen im Zuge der CoViD-19-Pandemie aus; zuletzt kamen demzufolge rd. 84.000 bestätigte Infektionen pro Tag hinzu. Für Deutschland nimmt die WHO wie auch das Robert Koch-Institut zum gleichen Stichtag rd. 163.000 bestätigte Fälle an. Das MAGS.NRW, das die offiziellen Zahlen nach Infektionsschutzgesetz für NRW führt, zählt bis dato rd. 60.600 bestätigte Fälle in NRW, wovon knapp 26.000 Menschen bereits wieder genesen aber auch fast 1.300 Personen verstorben sind.³ Es ist erkennbar, dass diese Pandemie in erheblichem Umfang zu (schwerwiegenden) Erkrankungen und sogar Todesfällen führt, weshalb selbstverständlich Anstrengungen zur Bekämpfung ihrer Ausbreitung und zur Behandlung Betroffener Vorrang haben müssen.

Dennoch stellt sich auch die Frage, wie die Bevölkerung mit den aus dieser Bekämpfung der Pandemie resultierenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens umgehen kann bzw. ob sie dabei Unterstützung bedarf. Angesichts der zu erwartenden Belastungen für das Gesundheitssystem ist zu überlegen, ob und wie ehrenamtliche Hilfe akquiriert werden kann oder muss. Angesichts der Einschränkung der Mobilität der Bevölkerung, um Infektionswege besser kontrollieren zu können, und mit Blick auf teils notwendige (häusliche) Quarantänemaßnahmen gewinnt die nachbarschaftliche Perspektive dieser Hilfe an Bedeutung.

Nachdem die Infektionszahlen seit März 2020 anstiegen und das öffentliche Leben infolgedessen landes- bzw. bundesweit weitgehend zurückgefahren wurde, ist eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität gegenüber Risikogruppen⁴ u. a. in den sozialen Medien spürbar. Dabei spielt auch oft die Ebene „Nachbarschaft“ eine Rolle. Auf Facebook haben sich Corona-Hilfegruppen gegründet, das Portal *nebenan.de* versucht die Verknüpfung digitaler

NRW in besonderer Weise von der Pandemie betroffen

CoViD-19-Pandemie mit vielen Erkrankungen und Todesfällen erfordert massive Bekämpfung u. a. durch Einschränkungen des öffentlichen Lebens

Welche Rolle spielen Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe bei der Unterstützung der Bevölkerung?

² Die Zwischenergebnisse zur sog. „Heinsberg-Studie“ des Teams um den Bonner Virologen Hendrik Streeck liegen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Gutachtens vor; infolgedessen wird aktuell eine (schrittweise) Rücknahme der Kontaktsperrungen und Einschränkungen diskutiert. Gleichzeitig warnen Experten und Medien vor weiteren Infektionswellen. Ein eindeutiges Bild ist noch nicht zu erkennen, wenngleich sich abzeichnet, dass – jedenfalls für „Risikogruppen“ – noch längere Zeit mit Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zu rechnen ist. Dieses Gutachten kommentiert entsprechende Fragestellungen nicht, sondern fokussiert die Rolle von Nachbarschaften und Nachbarschaftshilfe im Falle pandemiebedingter Einschränkungen der Bewegungsfreiheit.

³ Zahlen vom 4. Mai 2020, WHO vgl. <https://covid19.who.int/>, RKI vgl. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html, MAGS vgl. <https://www.mags.nrw/coronavirus-fallzahlen-nrw>

⁴ Als sogenannte „Risikogruppen“ werden in der Regel ältere Personen oder Menschen mit Vorerkrankungen bezeichnet (vgl. RKI 2020b: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html).

Hilfeangebote und analoger Hilfebedürftigkeit durch telefongestützte Vermittlungen und auch durch *WhatsApp*- oder *Telegram*-Gruppen wird nachbarschaftliche Unterstützung organisiert. Die (Selbst-)Organisation von Hilfe für Risikogruppen und Menschen in Quarantäne verläuft offenbar weitgehend spontan. Damit entsteht das Risiko, dass Gruppen von dieser Solidarität nicht erfasst werden oder am Bedarf vorbeigearbeitet wird. Damit fehlt bislang das Steuerungswissen zur Sicherung von notwendiger Unterstützung (z. B. im Quarantänefall).

Mittlerweile (Stand 8. Mai 2020) ist zwar klar, dass angesichts stagnierender oder gar sinkender Neuinfektionszahlen die Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung und des öffentlichen Lebens sukzessive zurückgefahren werden, um durch den „Lockdown“ folgende wirtschaftliche Schäden zu begrenzen. Gleichzeitig weisen jedoch Politiker wie Experten vielfach darauf hin, dass die Bevölkerung sich in Bezug auf das soziale Miteinander auf längere Sicht auf eine „*neue Normalität*“ (Olaf Scholz⁵) oder auch „*verantwortungsvolle Normalität*“ (Armin Laschet⁶) einstellen muss. Das heißt, dass es auch in Zukunft darum gehen wird, Abstand zu wahren und persönliche Kontakte zu vermeiden. Insbesondere wird dies für ältere Personen und andere Risikogruppen gelten.

Daher hat das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales in Nordrhein-Westfalen die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Dadurch wird zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie ein klares Lagebild über die Perspektive von Bürgerinnen und Bürgern auf die Situation in NRW sowie die Bereitschaft zur Nachbarschaftshilfe und ihrer Inanspruchnahme geliefert. Zudem können regionale Unterschiede in der Bewertung der Lage sowie der Bereitschaft zur nachbarschaftlichen Solidarität ermittelt werden, was einen Ansatz zur Steuerung bietet. Doch die Studie erschöpft sich nicht allein in der Beschreibung der Lage. Es werden auch evidenzbasierte Handlungsempfehlungen abgeleitet, wie das Land, Kommunen und soziale Dienste Nachbarschaftshilfe in Zeiten von Corona unterstützen können. Dafür wird auch auf Ergebnisse von Studien in der Zeit vor dem Ausbruch der Pandemie zurückgegriffen.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird das Potenzial von Nachbarschaft in Krisenzeiten beleuchtet, wofür der Forschungsstand zusammengefasst wird. So kann das Ausmaß der aktuell zu beobachtenden Hilfe bewertet werden. Im dritten Kapitel wird die Methodik erläutert, während im vierten Abschnitt die Befragungsergebnisse zu Perspektiven der Bevölkerung auf die Krise und Nachbarschaftshilfe sowie Erkenntnisse zu regionalen Ungleichheiten vorgestellt werden. Zuletzt folgen Fazit und Handlungsempfehlungen.

Studie untersucht Perspektive der Bürgerinnen und Bürger auf Nachbarschaftshilfe

2. Potenziale und Grenzen von Nachbarschaftshilfe

In Krisenzeiten tritt auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in Form von solidarischer Unterstützung auf. Darunter wird Hilfe ohne direkten Nutzen für den Helfer verstanden. Nachbarschaft ist für solidarische Hilfe in Krisenzeiten, wie die aktuelle Corona-Pandemie, besonders geeignet. Daher überrascht nicht, dass nachbarschaftliche Hilfe verstärkt angeboten wird. Um die Leistungsfähigkeit nachbarschaftlicher Hilfe auch für die Bewältigung einer Krise, wie durch die aktuelle Corona-Pandemie hervorgerufen, besser zu verstehen, ist ein fundiertes Verständnis von Nachbarschaft notwendig. Dies umfasst eine Ausarbeitung des Verhältnisses von Nachbarschaft und nachbarschaftlicher Hilfe und die Analyse, unter welchen Voraussetzungen vom wem nachbarschaftliche Hilfe geleistet wird und was Spektren nachbarschaftlicher Hilfe sind.

Nachbarschaftshilfe als solidarische Hilfe in Krisenzeiten

⁵ ... auf der Pressekonferenz zur Information über neue Corona-Gegenmaßnahmen am 16. April 2020 in Berlin.

⁶ ... am Mittwoch den 15. April 2020 in Düsseldorf.

Der Begriff Nachbarschaft bezeichnet im Ursprung den „nahen Bauern“, was bereits Hinweise auf die Solidarität in herausfordernden Zeiten erlaubt. In Agrargesellschaften war das nachbarschaftliche Verhältnis jenseits des konkreten Haushalts in der Großfamilie auf dem eigenen Wohnplatz durch gegenseitige Hilfe bei der Ernte oder die gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Nutzung von Infrastruktur („Allmende“) und Gerät geprägt. Dieser Wesenskern des nachbarschaftlichen Verhältnisses besteht noch heute: Abstand im Alltag – Nähe in der Krise. Wie sie sich aber organisiert und welche Leistungen sie erbringt, hängt von den jeweiligen gesellschaftlichen Umständen ab.

Was aber genau unter **Nachbarschaft** zu verstehen ist, ist umstritten. Sie ist zwar eine alltägliche und voraussetzungsarme soziale Einheit, doch liegt bislang weder eine allgemeine Theorie der Nachbarschaft, noch eine Definition von Nachbarschaft vor. Ihr Identitätskern liegt in der Überlagerung räumlicher und sozialer Merkmale. Der Nachbarschaftsbegriff wird insofern äquivalent zu anderen sozialräumlich orientierten Begriffen wie Quartier, Stadtteil oder Wohngebiet gebraucht, bezieht sich zugleich jedoch auch auf die Personen, die „Nahewohnenden“. Diese Gleichzeitigkeit von Räumlichem und Sozialem findet sich auch in den Begriffsbestimmungen wieder. Hamm versteht Nachbarschaft als „[...] soziale Gruppe, deren Mitglieder primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnortes miteinander interagieren. Nachbar ist dann der Begriff für alle Positionen, die manifest oder latent Träger nachbarschaftlicher Beziehungen sind“ (Hamm 1973: 18). Galster (2001: 2112) wiederum fokussiert die ortsgebundenen Eigenschaften des Nachbarschaftsbegriffs: „*Neighbourhood is the bundle of spatially based attributes associated with clusters of residences, sometimes in conjunction with other land uses*“. Die Gleichzeitigkeit von sozialen Beziehungen und Ort wird von Hüllemann et al. (2015: 27) sogar als definitorischer Kern von Nachbarschaft genannt. Dabei wird Nachbarschaft immer ausgehend von der Wohnung eines Menschen gedacht, welcher als sein Lebensmittelpunkt konzeptualisiert wird. Soziale Kontakte um diesen Wohnraum herum gelten dann als Nachbarschaft. Das schließt sowohl Nachbarschaftshilfe als auch Nachbarschaftskonflikte mit ein.

Nachbarschaft entsteht aus der Überlagerung räumlicher und sozialer Merkmale

Nachbarschaftliche Hilfe wird zumeist als informelle Hilfe gedacht, die nicht in organisationalen Arrangements stattfindet. In einer detaillierten Studie zu Nachbarschaftshilfe in Nürnberg beschreiben Rosenkranz und Fromm (2019: 10) diese wie folgt: „[...] informelle nachbarschaftliche Hilfen, die nicht zu verwechseln sind mit Hilfen, die im Rahmen institutionalisierten Engagements erbracht werden, also etwa in einer Nachbarschaftshilfe in der Rechtsform eines Vereins. Mit informellen Hilfen bzw. informeller Unterstützung in der Nachbarschaft sind [...] Tätigkeiten gemeint, die privat und unentgeltlich von und für Nachbarn erbracht werden und die nicht durch Dritte organisiert bzw. an Organisationen angeschlossen sind“. Nachbarschaftshilfe ist demnach konzeptionell abgelöst von Organisationen, wie Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden. Dennoch können sie Impulsgeber nachbarschaftlicher Hilfe sein. Nachbarschaftshilfe ist daher als Solidaritätsleistung einer sozialen Opportunität im wohnungsnahen Umfeld zu verstehen. Dies kann sich im Kontext von Quarantäne- oder Kontaktsperre-Regelungen, wie sie während der aktuellen Corona-Pandemie als notwendig erachtet werden, beispielsweise auf die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs beziehen. Für die vorliegende Untersuchung wurde daher nicht nach nachbarschaftlicher Hilfe im Rahmen von Vereinstätigkeiten oder dergleichen gefragt.

Nachbarschaftshilfe findet traditionell losgelöst von Organisationen statt

Die Erbringung nachbarschaftlicher Hilfe ist an Vorbedingungen geknüpft, aus denen sich auch Hinweise für eine Förderung nachbarschaftlicher Hilfe ableiten lassen:

1. Bereitschaft zur Hilfeleistung
2. Bereitschaft zur Annahme von Hilfe
3. Nachbarschaftlicher Kontakt
4. Informationen über Hilfsbedürftigkeit

5. Vertrauen in die Nachbarschaft

Liegen diese fünf Merkmale vor, kann Nachbarschaftshilfe erbracht werden. Hierbei helfen **persönliche, nachbarschaftliche Kontakte**, die bereits vor der Inanspruchnahme der konkreten Hilfe bestanden. Die Kontaktpersonen dienen als individuelle Ansprechpartner und es besteht im Idealfall ein belastbares Vertrauensverhältnis, was sich in der Krisensituation auszahlt. Weiterhin ist das Vertrauen in die Nachbarschaft, auch ohne konkreten Personenbezug wichtig, um nicht sozialer Scham oder dem Gefühl der Wehrlosigkeit zu erliegen (Sampson 2012). Zum anderen können **digitale Nachbarschaftsforen**, wie lokale Facebook-Gruppen, WhatsApp-Gruppen oder Plattformen wie *nebenan.de* oder *nextdoor.com* vor allem dem Informationsaustausch und nachbarschaftlichem Kontakt dienen und das Vertrauen in die Nachbarschaft fördern (Heinze et al. 2019). Dadurch kann Hilfe auch zwischen vorher Fremden vermittelt werden. Daher wurde in der vorliegenden Studie auch erhoben, wie es bereits vor der aktuellen Krise um die nachbarschaftliche Einbettung der Befragten und ihr Vertrauen in die Nachbarschaft bestellt war und ob digitale Medien bereits zur nachbarschaftlichen Vernetzung genutzt wurden.

Insgesamt müssen die Ergebnisse dieser Studie zu nachbarschaftlicher Hilfe vor dem Hintergrund der momentanen Krisensituation interpretiert werden. Es ist zu erwarten, dass die Hilfsbereitschaft zurzeit angesichts der kollektiven Krise relativ stark ausgeprägt ist, da durch die umfassende Berichterstattung usw. mehr Menschen als zu „normalen“ Zeiten für diese Themen sensibilisiert sein könnten. Zur Einordnung der Befragungsergebnisse hilft daher der Blick auf zurückliegende Studien. In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des WDR von 2017 zur nachbarschaftlichen Beziehungen in NRW wurde beispielsweise nach nachbarschaftlicher Hilfe in Form von Einkaufshilfen gefragt.⁷ Hier gaben rund ein Drittel der Befragten an, dass sie bereit seien, solche Hilfe zu leisten. Ähnliche Befunde sind aus anderen Studien bekannt (Fromm/Rosenkranz 2019; Kurtenbach 2017). Somit kann man unterstellen, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung dauerhaft bereit ist, nachbarschaftliche Hilfe in Form einmaliger oder regelmäßiger, niedrighschwelliger Hilfen bei der Alltagsbewältigung zu leisten. Beispiele hierfür sind etwa die Versorgung von Blumen während längerer Abwesenheit oder die Annahme von Paketen. Weitergehende Hilfe, wie Einkaufshilfe oder Kinderbetreuung sind hingegen weniger verbreitet. Das gegenseitige Borgen von Gegenständen wurde in diesem Fall nicht zur nachbarschaftlichen Hilfe gezählt; entsprechende Konzepte aus dem Bereich der „*Sharing Economy*“ sind durchaus Gegenstand von Diskussionen, jedoch meist stark auf das Teilen von Gebrauchsgegenständen (im Alltag) bezogen, was in dieser Studie jedoch mit Blick auf die aktuelle Krisensituation nicht im Vordergrund stand.

Bekannt ist außerdem, dass **Wohnungseigentümer** stärker in der Nachbarschaft verwurzelt sind als Mieter genauso wie Familien mehr als Alleinstehende, was dazu führt, dass Eigentümer oder Familien eher nachbarschaftliche Hilfe leisten (vgl. Petermann 2015). Ein Effekt ist, dass in dicht besiedelten Quartieren das Ausmaß nachbarschaftlicher Hilfe geringer ausfällt als in gering besiedelten Räumen, da im ländlichen Raum die Eigentümerquote höher ist und, zumindest im Umland von Großstädten, die Familienquote ebenso erhöht ist. Aus diesen Gründen wurden in der vorliegenden Studie, neben der Art der nachbarschaftlichen Hilfe, auch die Siedlungsstruktur sowie die Wohnsituation und Haushaltsstruktur abgefragt.

Nachbarschaftliche Vertrauensbasis begünstigt gegenseitige Hilfe auch zwischen vorher Fremden

In „normalen“ Zeiten ist bis zu einem Drittel der Menschen bereit, nachbarschaftliche Hilfe anzubieten – in Krisenzeiten steigt dieser Anteil

⁷ <https://www1.wdr.de/wissen/mensch/nachbarschaft-umfrage-100.html> (zuletzt gesehen 06.04.2020).

3. Umsetzung der Befragung

Datenbasis der Studie bildet eine **repräsentative Befragung der Wohnbevölkerung in NRW**. Diese wurde im Zeitraum vom 26. März bis zum 2. April durchgeführt. Für die Datenerhebung wurde ein *Mixed-Mode-Ansatz* verfolgt. Der Schwerpunkt lag auf einer telefonischen Befragung, die um eine Online-Erhebung ergänzt wurde. Die telefonische Befragung ermöglicht die Festlegung von exakten Quoten (bspw. nach Strukturtypen und Altersgruppen) und stellt somit sicher, dass alle Teilgruppen in einzelnen Regionen in ausreichender Quantität befragt werden. Die flankierende Online-Befragung bietet den Vorteil, auch Menschen zu erreichen, die telefonisch schwierig erreichbar sind. Ferner bietet diese Herangehensweise auch die Möglichkeit, Teilnehmer aus Online-Quellen (z. B. Online-Panel) als Befragte zu gewinnen. Befragt wurden insgesamt 1.012 Personen. Davon haben 761 Personen an der Telefonumfrage und 251 Personen an der Online-Umfrage teilgenommen.

Mixed-Mode-Ansatz (telefonisch und online) zur Befragung von 1.012 Personen in NRW

Zielgruppe der Befragung war die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in NRW. Dies hat zur Konsequenz, dass ein Rückschluss auf die Situation der Haushalte auf der Basis der Ergebnisse nicht immer unmittelbar möglich ist. So ist bspw. zwar die Aussage zulässig, dass x Prozent der Befragten im Eigentum leben, jedoch nicht, dass die Eigentumsquote (also die Quote von Haushalten im Wohneigentum) bei x Prozent liegt. Vor Durchführung der Befragung wurde ein komplexes Stichprobenverfahren angewandt. Die Stichprobenziehung erfolgte anhand der Kombination aus neun unterschiedlichen Strukturtypen, gebildet aus den Merkmalen EU-Stadt-/Landgliederung⁸ und der BBSR-Typologie in wachsende und schrumpfende Gemeinden in Deutschland⁹ und fünf Altersgruppen (18-29; 30-44; 45-64; 65-74; 75 und älter). Die neun Strukturtypen lassen sich wie folgt darstellen:

Komplexe Stichprobe zur Sicherung der Repräsentativität

1. dicht besiedelt - wachsend
2. dicht besiedelt - keine eindeutige Entwicklungsrichtung
3. dicht besiedelt - schrumpfend
4. mittlere Besiedlungsdichte - wachsend
5. mittlere Besiedlungsdichte - keine eindeutige Entwicklungsrichtung
6. mittlere Besiedlungsdichte - schrumpfend
7. gering besiedelt - wachsend
8. gering besiedelt - keine eindeutige Entwicklungsrichtung
9. gering besiedelt - schrumpfend

Durch die Kombination der neun Strukturtypen mit den fünf Altersgruppen ergaben sich insgesamt 45 Schichten, aus denen im Zuge der Stichprobenziehung separate Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Fallzahlen der Stichproben innerhalb der einzelnen Schichten sowie die festgelegten Quoten für einzelne Schichten richteten sich nach der entsprechenden Verteilung der ab 18-Jährigen (wohnberechtigten) Bevölkerung in NRW.

Trotz des sehr **kleinschrittigen Stichprobenverfahrens** und der fortwährenden Quotenkontrolle während des Erhebungsprozesses weicht die Verteilung in der Befragung etwas von der Verteilung der Grundgesamtheit (hier der Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren) ab. Dem wurde durch ein Gewichtungungsverfahren Rechnung getragen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Verteilung in der Auswertung nahezu zu 100 Prozent der Verteilung in der Grundgesamtheit entspricht. Letztlich ergibt sich aus den erzielten Fallzahlen und der resultierenden Verteilung eine ausreichende Datenbasis, um repräsentative Aussagen auch auf

⁸ <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/degree-of-urbanisation/background> (zuletzt gesehen 22.04.2020)

⁹ https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/wachsend-schrumpfend-gemeinden/Wachs_Schrumpf_Gemeinden.html (zuletzt gesehen 22.04.2020)

der Ebene der Auswertungs-/Differenzierungskriterien (s. u.), zu gewährleisten. Zur inhaltlichen Differenzierung und zur Interpretation einzelner Ergebnisse werden die Ergebnisse der Befragung sowohl als Gesamtergebnis dargestellt (Angaben über alle Befragten) als auch im Vergleich von Befragtengruppen. Hierbei werden einerseits **Haushaltstypen** (vgl. Tabelle 1) und die **Besiedlungsdichte** (vgl. Tabelle 2) als Differenzierungskriterien angewandt.

Durch das komplexe Verfahren der Stichprobenziehung konnten regionale Klumpungen vermieden werden. Damit eine ausreichende Fallzahl pro Raumeinheit vorlag, wurden in der Darstellung jedoch später die „gröberen“ Raumkategorien der EU verwendet.

Tabelle 1: Teilnahme nach Haushaltstypen

Kategorie	N	Prozent	Kumulierte Prozente
Singles oder Paare unter 30 Jahre	72	7,1	7,1
Singles oder Paare 30 bis 44 Jahre	82	8,1	15,2
Singles oder Paare 45 bis 65 Jahre	184	18,2	33,4
Singles oder Paare 65 Jahre und älter	226	22,3	55,7
Familien/Alleinerziehende*	253	25,0	80,7
Mehrpersonenhaushalte**	190	18,8	99,5
keine Angabe	5	0,5	100,0
Gesamt	1.012	100,0	

* Diese umfassen alle Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren (auch Alleinerziehende).

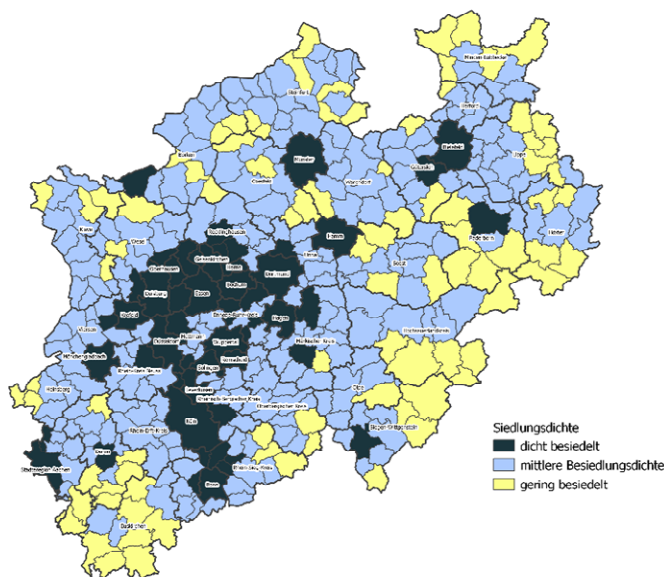
** Dies sind v. a. Haushaltskonstellationen mit zwei oder mehr Erwachsenen, die nicht partnerschaftlich verbunden sind (beispielsweise Wohngemeinschaften), Haushalte mit erwachsenen Kindern, Haushalte mit einem Elternteil/mehreren Elternteilen und Mehrgenerationenhaushalte.

Tabelle 2: Teilnahme nach Siedlungsbereichen (EU-Stadt-/Landgliederung)

Kategorie	N	Prozent	Kumulierte Prozente
dicht besiedelt	512	50,6	50,6
mittlere Besiedlungsdichte	388	38,3	88,9
gering besiedelt	112	11,1	100
Gesamt	1.012	100,0	

Einen Überblick zur Siedlungsdichte in den drei Kategorien bietet folgende Abbildung 1.

Abbildung 1: Städte in NRW differenziert nach Siedlungsdichte



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung auf Grundlage der EU-Stadt/Land-Gliederung

4. Ergebnisse

Im ersten Teil der folgenden Auswertungen werden allgemeine Befunde zur Perspektive der Bürgerinnen und Bürger auf die Corona-Krise erhoben, wie z. B. Informationswege zu aktuellen Entwicklungen sowie die Einschätzung der eigenen Situation bzw. des eigenen Risikos.

Im zweiten Teil wird die Bewertung von Familien, Nachbarn und Nachbarschaften bzgl. der Bewältigung der Krise dargestellt. Neben der Bewertung der eigenen nachbarschaftlichen Einbettung und der Qualität der Nachbarschaft spielte auch die Bereitschaft, sich zu engagieren oder das Engagement anderer anzunehmen eine wichtige Rolle. Ergänzend wurde ermittelt, inwieweit organisationale Unterstützung bei der Nachbarschaftshilfe benötigt wird.

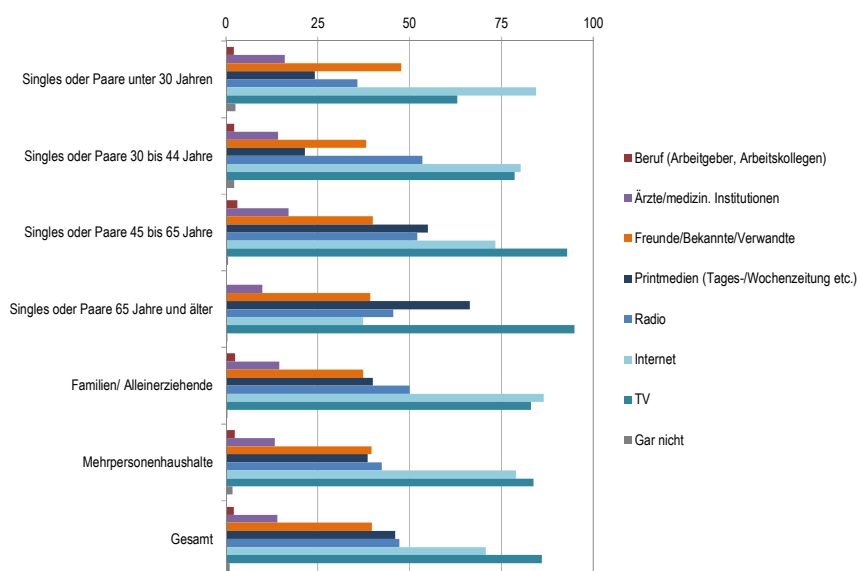
Schließlich wird darauf eingegangen, inwieweit sich aus der Befragung Unterschiede oder Gemeinsamkeiten in Bezug auf die räumliche Lebenssituation ergeben.

4.1. Perspektive der Bevölkerung in NRW auf die Corona-Krise

Zum Verständnis der Perspektive und des Informationsstatus wurde nach den präferierten Informationskanälen der Bürgerinnen und Bürger gefragt. Dabei zeigt sich zunächst die (erwartungsgemäß) hohe Bedeutung der Medien (insbesondere **Fernsehen und Internet**). Während das Fernsehen hier quer durch alle Altersgruppen und Haushaltstypen als wichtiger Informationskanal erkennbar ist, bleibt v. a. die Gruppe der über-65-Jährigen über das Internet nur eingeschränkt erreichbar. Alle anderen Altersgruppen hingegen sind dort meist ähnlich gut erreichbar wie über das TV. Printmedien hingegen spielen erwartungsgemäß bei Personen ab 45 Jahren bzw. 65 Jahren noch eine gewisse Rolle.

Die Bevölkerung informiert sich im TV und im Netz, seltener bei Freunden und im Notfall beim Arzt. Arbeitgeber spielen keine Rolle bei der Information

Abbildung 2: Informationsmedium nach Altersklassen



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Darüber hinaus fallen weitere Aspekte ins Gewicht. Neben Internet und TV wird die Bedeutung nahestehender Personen als Informationsquelle deutlich. Das zeigt, wie wichtig die Diskussion und Reflektion des komplexen Themas mit vertrauten Personen ist. Immerhin noch zehn bis zwanzig Prozent der Befragten erläutern, dass sie sich beim Arzt bzw. bei medizinischen Fachleuten informieren. Hochgerechnet auf die Bevölkerung in NRW zeigt dies, in-

wieweit Arztpraxen, Apotheken usw. hier in Anspruch genommen werden. Man könnte davon ausgehen, dass insbesondere sog. Risikogruppen diesen Informationsweg wählen, um sich abzusichern. Dem steht allerdings entgegen, dass gerade die älteren Befragten in geringem Umfang auf medizinische Fachkräfte als Informanten zurückgriffen.

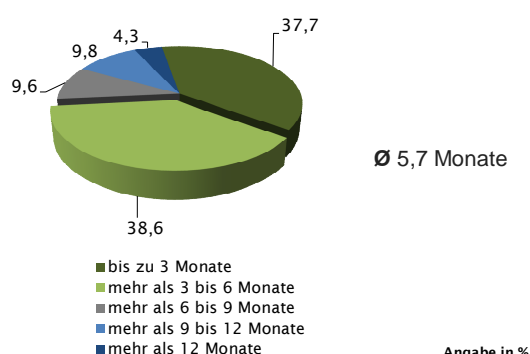
Auffällig ist, dass **Arbeitgeber** kaum als Informationsquelle zur Corona-Pandemie genannt werden, obwohl ihnen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht für Gesundheit und Leben der Arbeitnehmer nach § 616 BGB die Aufgabe zukommt, entsprechende Informationen bereitzustellen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Fragestellung keine Rückschlüsse darauf erlaubt, ob die Arbeitgeber dieser Pflicht gewissenhaft nachkamen oder nicht, sondern lediglich darauf, ob die (möglicherweise) zur Verfügung gestellten Informationen für die Arbeitnehmer eine Rolle spielten. Das taten sie offenbar nicht, was einerseits mit der Qualität der Informationen zusammenhängen kann, aber auch darin begründet liegen mag, dass die anderen Informationskanäle schlicht schneller und umfassender informieren konnten, als dies den Arbeitgebern möglich war.

Die Frage zur Erwartungshaltung in Bezug auf die Dauer des Krisen-Modus ergibt eine klare Dreiteilung. Rund 38 Prozent der Bevölkerung gehen davon aus, dass die Krise weniger als drei Monate andauern wird, wiederum 38,6 Prozent, also eine etwa gleichgroße Gruppe, erwarten, dass sie drei bis sechs Monate andauern wird und noch rund ein Viertel der Befragten rechnet mit einer längeren Fortdauer. Der Durchschnittswert beträgt 5,7 Monate.

Die Krise dauert noch ein halbes Jahr – glauben die Befragten

Abbildung 3: Erwartete Dauer der Corona-Krise

„Was schätzen Sie, wie lange die Corona-Krise in Deutschland anhalten wird?“



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Daraus lassen sich auch Rückschlüsse auf ein grundsätzliches **Einverständnis zur Dauer von Gegenmaßnahmen** (nicht unbedingt auch zur Art der Gegenmaßnahmen) ableiten. Bezogen auf die Altersstruktur gibt es hier nur kleinere Abweichungen zur Einschätzung der Krisendauer. Singles oder Paare zwischen 45 und 65 Jahre erwarten zu 36 Prozent, dass die Krise bis zu drei Monate andauern wird, 40 Prozent der Singles oder Paare ab 65 Jahre, und damit Angehörige der Risikogruppe, erwarten, dass die Krise bis zu drei Monate dauern wird. Das ist auch damit zu erklären, dass Risikogruppen zum einen zur Gefahrvermeidung neigen und sich zum anderen dem Gefühl der Verletzlichkeit und Gruppenzuschreibung, mit einhergehenden Verhaltenserwartungen und gezeigtem Verhalten, entziehen wollen.

Offenbar nimmt also bislang nur ein Drittel der Befragten an, dass man bereits zum Sommerbeginn das Schlimmste überstanden habe und dementsprechend kaum noch Gegenmaßnahmen erforderlich sein würden. Dieser Wert wird sich allerdings stark verändern, je nachdem, wie die weitere Entwicklung verläuft. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass

Mehrgleisige Informationsstrategie zur Vermeidung von Rückschlägen

die erwartete Dauer der Krisensituation und damit auch eine hohe Akzeptanz von Gegenmaßnahmen gerade dann zurückgehen werden, wenn die Strategie der zeitlichen Ausdehnung der Infektionswellen („flatten-the-curve“-Strategie) Erfolge zeigt. Im Zusammenhang mit der zuvor behandelten Fragestellung nach den Informationskanälen lässt sich schließen, dass hier insbesondere die **Rezeption der Krisenentwicklung** sowie der Maßnahmen in den Medien eine große Rolle spielen wird. Setzt man voraus, dass „seriöse“ Medien (etablierte TV-Nachrichtensendungen, Printmedien, Radio etc.) sowie das medizinische Fachpersonal hier bestenfalls reflektiert und ausgewogen informieren werden, so lässt sich dies zur relativ großen „Black-Box“ der Internet-Information nicht verlässlich sagen.

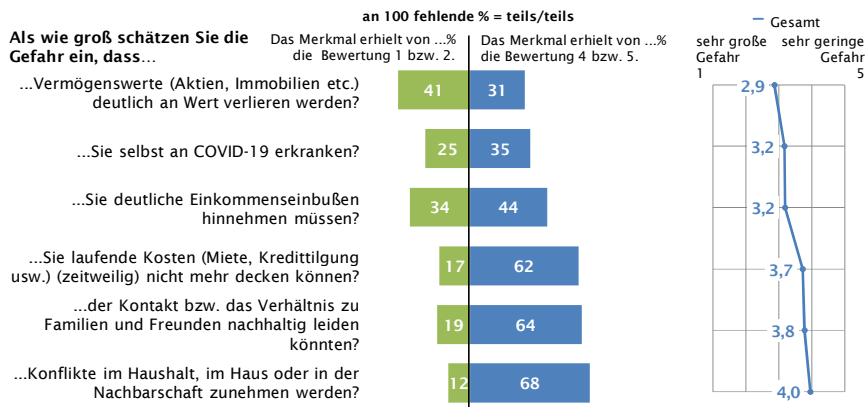
Dies spricht für eine mehrteilige Informationsstrategie. Während es einerseits darum gehen muss, die vorhandenen Medienkanäle mit verlässlichen, konkreten und praxistauglichen Informationen und Empfehlungen zu versehen, sollte konsequent möglicher Stimmungsmache oder Falschinformationen im Internet entgegengewirkt werden. Parallel könnten z. B. die Arbeitgeber stärker in die Vermittlung von Informationen und Empfehlungen eingebunden werden, weil sie – sofern selbst aufgeklärt – durch den nach wie vor bestehenden intensiven Kontakt die Arbeitnehmer dabei unterstützen könnten, „Fake-News“ u. Ä. zu erkennen und zu korrigieren. Diese Strategie kann insbesondere dann an Bedeutung gewinnen, wenn und insofern weitere „Infektionswellen“ auftreten und die Situation sich möglicherweise erneut verschärft.

Bei der Erhebung ist auch die persönliche Risikoeinschätzung untersucht worden. Dabei wurden sowohl finanzielle, gesundheitliche als auch soziale Risiken berücksichtigt.

Persönliches Risiko: Größere Angst vor Einkommens- und Vermögensverlust als vor Krankheit

Abbildung 4: Gefährdung der eigenen Situation

„Als wie gefährdet beurteilen Sie Ihre eigene Situation aufgrund der Corona-Krise tatsächlich im Hinblick auf folgende Sachverhalte? Bitte vergeben Sie für die folgenden Merkmale eine Note von 1 bis 5 mit der Bedeutung von sehr große Gefahr (=1) bis sehr geringe Gefahr (=5).“



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

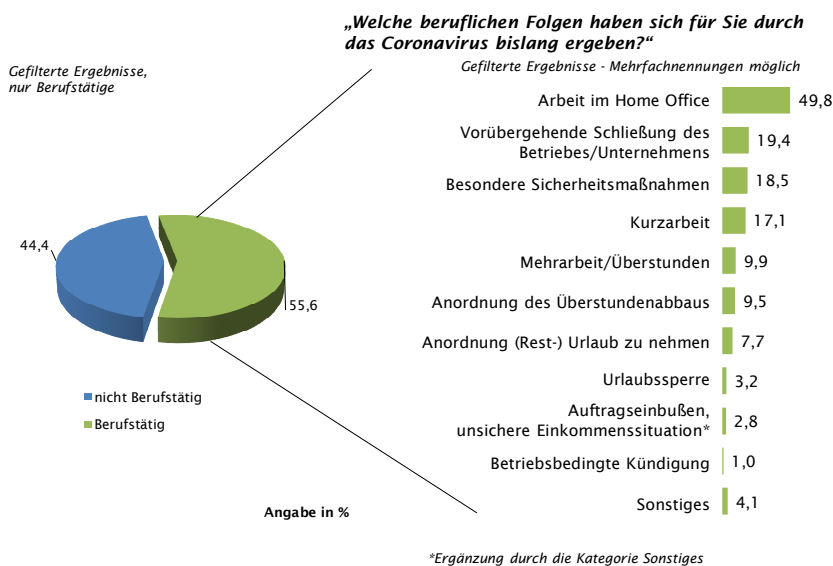
Größere Sorgen bestehen demnach vor allem vor einem **Verlust an Einkommen oder Vermögen**. Etwa 41 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass Vermögenswerte deutlich an Wert verlieren werden. Dies ist eine recht pessimistische Einschätzung; nur 31 Prozent sehen hier eine (sehr) geringe Gefahr. Immerhin knapp 30 Prozent sind unentschlossen, ob Vermögensverluste erheblich oder marginal ausfallen werden. Rund 34 Prozent der Befragten gehen von deutlichen Einkommenseinbußen z. B. durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit aus. Allerdings sind 44 Prozent optimistisch, dass dies nicht der Fall sein wird. Das spricht für ein insgesamt vorhandenes Vertrauen in die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft sowie in staatliche Ausgleichsmaßnahmen, wie sie z. T. bereits beschlossen wurden.

Immerhin 17 Prozent der Befragten sorgen sich darum, dass sie laufende Kosten, wie Miete oder Kredittilgungen, nicht mehr tragen können. Zwar wird diese Einschätzung im Vergleich zur Frage nach der Vermögensentwicklung allgemein seltener pessimistisch eingeschätzt; immerhin 62 Prozent erwarten keine größeren Probleme. Doch diese Analyse beruhigt nicht, weil mehr als 20 Prozent der Befragten unsicher sind und eine Überforderung mit den laufenden Kosten nicht grundsätzlich ausschließen. Sollten entsprechende Lasten tatsächlich nicht beglichen werden können, birgt dies erhebliche Armutsrisiken für die Haushalte. Zwar hat die Bundesregierung veranlasst, dass Mietschulden zunächst gestundet werden können. Risiken bestehen jedoch, wenn z. B. Hauskredite nicht bedient werden können und demzufolge langfristig geplante Altersvorsorgekonzepte sowie die Wohnsicherheit im Eigentum in Gefahr geraten. Hier gilt es, die Situation sorgsam gemeinsam mit den Kreditgebern im Blick zu behalten, um langfristige Schäden zu vermeiden.

Die erkennbare ökonomische Unsicherheit lässt sich auch mit bereits real erlebten beruflichen Einschränkungen und Veränderungen bei den Befragten erklären. Die entsprechende Frage richtete sich zwar nur an die berufstätigen Befragten, was 55,6 Prozent des Samples ausmacht. Doch rund die Hälfte dieser berufstätigen Befragten gab an, nun im Home-Office zu arbeiten. Andere Einschränkungen waren die vorübergehende Betriebsschließung sowie besondere Sicherheitsmaßnahmen bei fast jedem Fünften. Kurzarbeit wurde bei 17,1 Prozent der Berufstätigen als Einschränkung angegeben. Daneben gibt es auch deutliche Mehrbelastungen, wie Überstunden bei fast zehn Prozent der berufstätigen Befragten sowie in Ausnahmefällen auch eine Urlaubssperre.

NRW sitzt im Home-Office – mit Schließung oder Kurzarbeit rechnen aber vorerst weniger als 20 Prozent

Abbildung 5: Berufliche Folgen der Pandemie



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Alles in allem zeigt sich somit, dass für die Mehrheit der befragten Berufstätigen signifikante Veränderungen der beruflichen Tätigkeit bereits jetzt spürbar sind. Damit erklärt sich auch die erkennbare Sorge um die ökonomischen Folgen der Krise für die eigene Situation.

Die Gefahr, selbst an CoViD-19 zu erkranken, sehen nur 25 Prozent der Befragten als erhöht und ein Drittel als gering an (vgl. Abbildung 4). Dies ist erstaunlich, da seit Anfang März auch in den Medien die unterschiedlichen Theorien zu einer „Durchseuchung“ oder „Immunisierung“ der Bevölkerung durch (sukzessive, zeitverzögerte) Erkrankung, diskutiert wird. Die Bewertung deutet darauf hin, dass der **Zweck der kontaktbeschränkenden Maßnahmen**, nämlich die Erkrankung vieler Menschen zeitlich hinauszuschieben, **möglicherweise nicht**

Erkennbare Unterschätzung gesundheitlicher und sozialer Folgen: „Wird schon gutgehen!“

vollständig nachvollzogen wird. Stattdessen gehen offenbar viele Menschen davon aus, dass eine Erkrankung möglicherweise nicht stattfinden wird.

Relativ gering fallen auch soziale Sorgen ins Gewicht, die durch die Einschränkungen infolge der Pandemie entstehen können (vgl. Abbildung 4). Etwa 19 Prozent der Befragten befürchten, dass der Kontakt zu Freunden oder zur Familie nachhaltig leiden könnte. Die Zunahme von Konflikten im Haushalt oder der Nachbarschaft sehen etwa zwölf Prozent als größeres Risiko an. Doch auch in Bezug auf diese Kennzahlen kann keine vollständige Entwarnung gegeben werden. Anders als z. B. bei den befürchteten ökonomischen Auswirkungen (vgl. Abbildung 5), denen die Befragten weitgehend machtlos gegenüberstehen, besteht bei sozialen und gesundheitlichen Einschränkungen die Möglichkeit der Einflussnahme durch die Befragten. Möglicherweise nehmen sie an, schwerwiegende Folgen durch ein reflektiertes, vorsichtiges und vorausschauendes Verhalten vermeiden oder abmildern zu können. Hinsichtlich sozialer Einschränkungen muss also berücksichtigt werden, dass die Befragten möglicherweise darauf setzen, aufgrund ihres vernünftigen Handelns den Kontakt zu Freunden nicht abreißen zu lassen und Konflikte selbst zu vermeiden. Entsprechende (Fehl-) Einschätzungen können auf bekannte kognitive Verzerrungseffekte zurückgeführt werden, die in solchen Konstellationen eine Rolle spielen. Sie führen dazu, dass Personen ihre eigenen Fähigkeiten (hier etwa der Aufrechterhaltung von Beziehungen und der Konfliktvermeidung) höher einschätzen, als sie tatsächlich sind.¹⁰

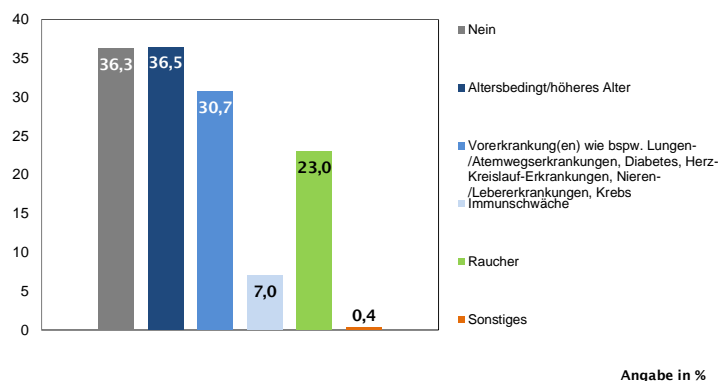
Vor dem Hintergrund der verhältnismäßig geringen Ängste in Bezug auf eine Erkrankung an CoViD-19 ist die sehr hohe Selbstzuordnung zu einer Risikogruppe mit gut zwei Drittel der Bevölkerung bemerkenswert. Dies unterstützt die These von der möglicherweise verzerrten Sicht auf denkbare gesundheitliche oder soziale Folgen. Allerdings geht dieser Effekt (der hohen Selbstzuschreibungsrate zu Risikogruppen) vor allem auf die Befragten ab 45 Jahren zurück. Aber auch bei jüngeren Befragten liegt die Selbstzuschreibung zu einer Risikogruppe noch immer bei rund einem Drittel. Vor allem Ältere geben zu 44,3 Prozent Vorerkrankungen als Begründung für die Risikogruppenzugehörigkeit an, während sich Singles oder Paare zwischen 30 und 44 Jahre zu 33,2 Prozent als Raucher einer Risikogruppe zuschreiben.

Hohes Bewusstsein für die Zugehörigkeit zu Risikogruppen

Abbildung 6: Risikogruppenzugehörigkeit

„Gehören Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied zu einer der folgenden sogenannten Corona-Risikogruppen?“

Mehrfachnennungen möglich



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

¹⁰ Exemplarisch sei an dieser Stelle auf den sog. „Bias blind spot“-Effekt (Verzerrungsblindheit) hingewiesen, wonach Menschen dazu tendieren, sich von äußeren Beeinflussungen frei zu sehen (Pronin et al. 2002). Auch Kontrollillusionseffekte können eine Rolle spielen, wonach Menschen häufig glauben, bestimmte (für sie tatsächlich nicht beeinflussbare) Vorgänge kontrollieren zu können (vgl. Langer 1975) sowie Effekte der Selbstüberschätzung (z. B. „Dunning-Kruger-Effekt“ (1999)).

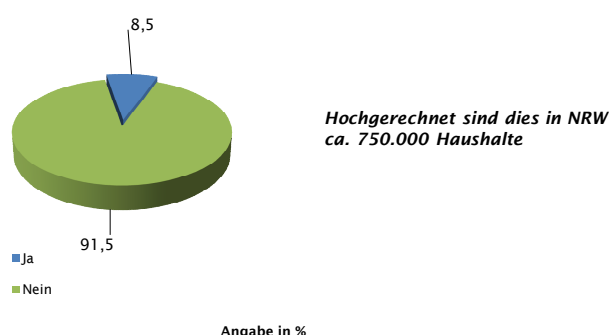
Zu den Einschränkungen aufgrund des Coronavirus gehören auch Quarantänemaßnahmen, ob verordnet oder freiwillig. Unklar war bislang, welche Gruppen hiervon besonders berührt sind. Die Erhebung zeigt, dass zwei Prozent der Bevölkerung vor dem Erhebungszeitraum bereits unter Quarantäne stand und ebenfalls zwei Prozent im Erhebungszeitraum (noch) unter Quarantäne steht. Jüngere scheinen davon eher betroffen zu sein als Ältere, bzw. Familien eher als Alleinlebende. Ein Grund dafür ist möglicherweise die höhere Anzahl von Außenkontakten von Mehrpersonenhaushalten, vor allem wenn Kinder im Haushalt leben.

Die Landes- und die Bundesregierung versuchen mittels umfangreicher Unterstützung die wirtschaftlichen Folgen der CoViD-19 Pandemie einzudämmen. Dazu zählt beispielsweise das Sofortprogramm der Landesregierung für Unternehmen und Solo-Selbstständige.¹¹ Zudem sind voraussichtlich Quarantäne-Betroffene und Risikogruppen auf Unterstützung im Alltag angewiesen, wenn weiterhin Kontaktbeschränkungen erhalten bleiben, um das Erkrankungsrisiko Einzelner einzudämmen und damit den Effekt der verzögerten Infektion zu erreichen. Daher wurde gefragt, ob ein Haushalt aufgrund der Pandemie zum Befragungszeitraum auf Unterstützung angewiesen sei, was finanzielle wie auch soziale Hilfe umfassen konnte. Knapp neun Prozent der befragten Haushalte gaben an, dass sie auf Unterstützung angewiesen sind. Auf NRW hochgerechnet würde das bedeuten, dass ca. 750.000 Haushalte bereits zum Befragungszeitraum Hilfe benötigen. Hier ist anzumerken, dass es sich um eine selbstzugeschriebene Hilfebedürftigkeit handelt und diese sich auf die momentane Situation bezieht. Mittelfristige Unsicherheiten z. B. von Solo-Selbstständigen sind nicht erfasst.

Aktuell wird offenbar noch keine Unterstützung in größerem Umfang benötigt

Abbildung 7: Notwendigkeit von Unterstützung (aktuell)

„Sind Sie bzw. Ihr Haushalt nun aufgrund des Coronavirus auf Unterstützung angewiesen?“ Hinweis: Ja beinhaltet auch finanzielle Hilfe



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Insgesamt zeigt sich, dass die Menschen trotz momentan überschaubarem Bedarf an Hilfeleistungen **perspektivisch durchaus Unterstützung benötigen** können, etwa bei der (finanziellen) Bewältigung der Krise. Dieses Thema belastet die Menschen erkennbar, wobei mögliche gesundheitliche und soziale Folgen der Pandemie offenbar unterschätzt werden.

4.2. Familie, Nachbar und Sozialstaat in der Krisenbewältigung

Im folgenden Abschnitt wird der Fokus auf freiwillige Unterstützungspotenziale sowie die Inanspruchnahme solcher Unterstützungsleistungen gelegt. Dabei wurde ein positiver Zusam-

¹¹ <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/soforthilfen-fuer-kleinunternehmen-nordrhein-westfalen-ergaenzt-zu-schuesse-des> (zuletzt gesehen 07.04.2020)

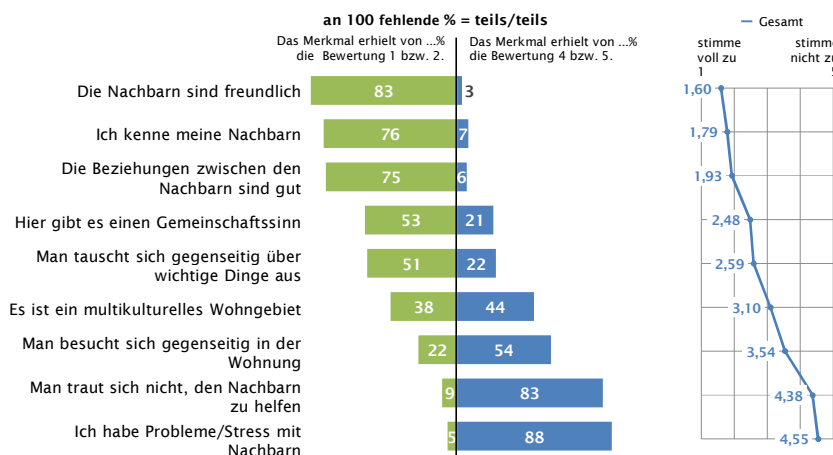
menhang zwischen der empfundenen Qualität der Nachbarschaft und dem Potenzial nachbarschaftlicher Hilfe antizipiert – d.h. die umgekehrte Hypothese ist, dass nachbarschaftliche Hilfe dann eingeschränkt sein müsste, wenn eine Nachbarschaft als negativ empfunden wird.

Die Erhebung ergab, dass die Menschen in NRW ihre **Nachbarschaft alles in allem positiv sehen**. Die überwältigende Mehrheit von 83 Prozent bestätigt, dass die Nachbarn freundlich seien. Jeweils drei Viertel der Befragten gab an, dass man Nachbarn kenne und die Beziehungen gut seien. Gleichzeitig bestätigt ein noch größerer Anteil der Befragten, aktuell keinen Stress mit den Nachbarn zu haben. Das stimmt auch mit Befunden anderer Untersuchungen überein (Gesemann 2019).¹²

Nette Nachbarn „mit Abstand“. Es gibt ein solides nachbarschaftliches Fundament, aber Nachbarn sind nicht zwangsläufig Freunde

Abbildung 8: Bewertung der Nachbarschaft

„Wie bewerten Sie folgende Aussagen zu Ihrer Nachbarschaft generell (d. h. unabhängig der momentanen Corona-Krise)? Bitte vergeben Sie für die folgenden Merkmale eine Note von 1 bis 5 mit der Bedeutung von *stimme voll zu* (=1) bis *stimme nicht zu* (=5).“



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Neben der abstrakten Wahrnehmung der Nachbarschaft wurden konkrete soziale Beziehungen, wie ein Gemeinschaftssinn oder der Austausch über wichtige Sachverhalte, abgefragt. Hier gab nur die Hälfte der Befragten an, dass solche engeren kollektiven sozialen Beziehungen zu ihren Nachbarn bestehen. Gegenseitige Besuche in den Wohnungen wurden nur von 22 Prozent der Befragten bestätigt. Das **nachbarschaftliche Zusammenleben** in NRW ist eher **durch flüchtige Begegnungen und gelegentlichen Austausch geprägt**. Besonders enge Verbindungen, wie sie in freundschaftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen vorkommen können, dominieren jedenfalls nicht. Möglicherweise liegt hier einer der Gründe, warum ein kleiner Teil der Befragten sich nicht traut, nachbarschaftliche Hilfe anzubieten. Anders als z. B. bei freundschaftlichen Beziehungen, wo gegenseitige Hilfe vielleicht sogar vorausgesetzt wird oder Basis der Beziehung ist, will man sich hier nicht aufdrängen.

Insgesamt zeigt diese Darstellung, dass durchaus ein solides Fundament nachbarschaftlicher Beziehungen vorhanden ist, das auch für die gegenseitige Hilfe genutzt werden kann. Allerdings wird ein echter „Gemeinschaftssinn“ nur von etwa der Hälfte der Befragten festgestellt und nachbarschaftliche Beziehungen sind möglicherweise nicht so eng, dass überall Hilfepotenziale „von selbst“ entstehen und bestehen können. Das spricht auch dafür, dass nur einzelne Nachbarn von einer Hilfebedürftigkeit erfahren, sollte sie vorliegen, aber darauf vertrauen, dass Hilfe geleistet wird. Es gibt demnach einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der aber in der Praxis fragil werden kann, wenn das Vertrauen in ihn nicht eingelöst

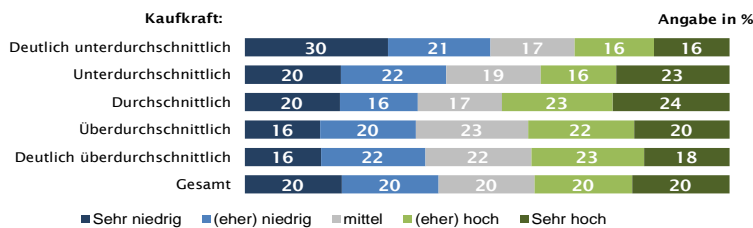
¹² Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/wissen/mensch/nachbarschaft-umfrage-100.html> (zuletzt gesehen 06.04.2020)

wird. Die Frage nach dem multikulturellen Wohngebiet diente der Kontrolle, ob in migrationsgeprägten Stadtteilen die Nachbarschaftshilfe höher oder niedriger ausfällt, beispielsweise da aufgrund ausgehängter Listen im Hausflur für nachbarschaftliche Unterstützung Nachbarn sie nicht lesen können, wenn sie monolingual deutsch gestaltet sind. Es zeigt sich jedoch, dass die **kulturelle Durchmischung keinen relevanten Einfluss auf das Hilfefotenzial oder die Bereitschaft zum Engagement in der Nachbarschaft** hat.

Auf Grundlage der Fragen zur Qualität der Nachbarschaft (vgl. Abb. 8) wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt. Dadurch können Zusammenhänge zwischen den einzelnen Variablen herausgearbeitet werden. Hier wurden alle Teilfragen, mit Ausnahme der Frage ob es ein multikulturelles Wohngebiet ist, zu einer Maßzahl zusammengefasst: der **Intensität nachbarschaftlicher Kontakte**. Bei einer differenzierten Auswertung nach Kaufkraft wird deutlich, dass die Intensität nachbarschaftlicher Kontakte mit dem Einkommen zunimmt. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Menschen mit geringerem Einkommen oder gar von Armut bedrohte oder betroffene Menschen weniger (gute) nachbarschaftliche Kontakte haben bzw. sich mit ihrer Nachbarschaft weniger verbunden fühlen. Dies zeigt sich besonders an dem hohen Anteil von Personen mit einer „sehr niedrigen“ Intensität nachbarschaftlicher Beziehungen in der untersten Kaufkraftklasse (vgl. Abb. 9). Diese Feststellung ist konsistent mit dem Forschungsstand (Kurtenbach 2017; Sampson 2012).

Gute Nachbarschaft mit Hilfefotenzial hängt von hoher Kaufkraft im Quartier ab

Abbildung 9: Intensität nachbarschaftlicher Kontakte nach Kaufkraft



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Bezieht man die Tatsache mit ein, dass sich in NRW, wie anderswo auch, eine erhebliche räumliche Segregation von kaufkräftigen und weniger kaufkräftigen Haushalten ergibt und sich dadurch (strukturelle) Armut oft in einzelnen Stadtteilen konzentriert, zeigt sich ein deutliches Problem. Dies gilt umso mehr, als dass sich die Konzentration von Armut betroffener Menschen in einigen Stadtteilen NRW in den letzten Jahren noch erhöht hat (Helbig/Jähnen 2018). Das bedeutet dann auch, dass dort, wo viele der ökonomisch benachteiligten Menschen zusammenkommen, das Potenzial nachbarschaftlicher Hilfe deutlich geringer ausfällt.

Räumliche Segregation erzeugt Quartiere ohne nachbarschaftliches Engagementpotenzial

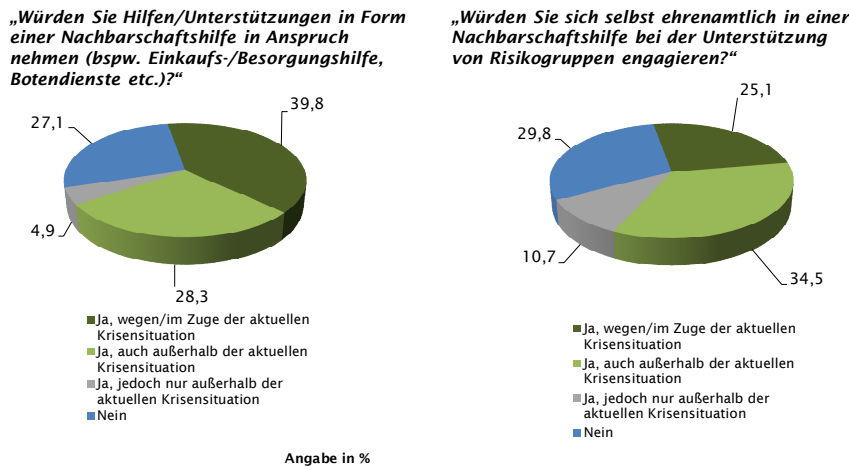
Die Menschen, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage in Krisenzeiten besonders auf (nachbarschaftliche) Unterstützung angewiesen sind, werden es besonders schwer haben, diese am Wohnort in Anspruch zu nehmen. Insbesondere **in sozial segregierten Wohngebieten bedarf es also verstärkter Bemühungen der Initiierung und Unterstützung nachbarschaftlicher Hilfe**, sollte sie in den Nachbarschaften nicht von sich aus entstehen.

Im Rahmen der Corona-Pandemie ist die nachbarschaftliche Hilfe zur Unterstützung in Krisenzeiten für manche Menschen notwendig, wenn andere Ansprechpartner fehlen und die Menschen sich selbst z. B. wegen der Kontaktbeschränkungen nicht helfen können oder sollen. Die Frage nach der Bereitschaft, Hilfe anzunehmen sowie Hilfe zu leisten, gibt Aufschluss über das vorhandene **Solidarpotenzial** (Strohmeier 2009). In der aktuellen Studie wurde unterschieden, ob Hilfe grundsätzlich geleistet oder angenommen würde sowie ob sie aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie geleistet oder angenommen würde.

Hilfe leisten und Hilfe annehmen: hohe Hilfsbereitschaft wird auch durch die Pandemie begründet

Während knapp unter 30 Prozent der Befragten grundsätzlich bereit sind, Hilfeleistungen in Anspruch zu nehmen und weitere fast 40 Prozent der Befragten angeben, Hilfe aufgrund der aktuellen Situation anzunehmen, lehnt etwa jeder vierte Befragte die Annahme entsprechender Unterstützungsleistungen grundsätzlich ab. Umgekehrt sind mit 25,1 Prozent deutlich weniger Menschen dazu bereit, explizit wegen der aktuellen Corona-Pandemie nachbarschaftliche Hilfe zu leisten. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die auch außerhalb der Krisensituation für alltägliche Hilfeleistungen zur Verfügung stünden, mit 34,4 Prozent aber erhöht.

Abbildung 10: Inanspruchnahme von Unterstützung vs. Engagement



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Daran zeigt sich, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung zu nachbarschaftlicher Hilfeleistung bereit ist, was sich mit den Befunden aus vorangegangenen Studien deckt (vgl. Kap. 2). Die zusätzliche Hilfsbereitschaft in der aktuellen Pandemie spiegelt das Solidarpotenzial, das jetzt (ergänzend) aktiviert werden kann. Hinzu kommen weitere 10,7 Prozent, die bereit sind, sich nachbarschaftlich zu engagieren, wenn die Pandemie vorüber ist. Auch hier gibt es einen Anteil, der grundsätzlich keine ehrenamtliche Hilfe erbringen möchte oder kann. Diese knapp 30 Prozent sind zu einem hohen Anteil ältere Personen ab 65 Jahren (38 Prozent) und/oder verfügen nur über eine geringe Kaufkraft (rd. 45 Prozent).

Es sind demnach die Älteren und ebenfalls die Ärmeren, welche eigenes Engagement ablehnen. Auch daraus erklärt sich die oben bereits beschriebene **Schlechterstellung der ärmeren Haushalte**, was die Inanspruchnahme von Unterstützung angeht. Insgesamt 5,8 Prozent lehnen es sowohl ab, nachbarschaftliche Unterstützung anzunehmen, als auch sie zu erbringen. Zunächst einmal muss man annehmen, dass diese Gruppe für die Aktivierung von Solidarpotenzial nicht erreichbar ist. Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass in der aktuellen Krisensituation auch diese Personen auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Hier wird es möglicherweise zu Konflikten kommen, wenn diese Haushalte (trotz entsprechender Not) dargebotene Hilfe nicht annehmen können oder wollen – sei es, weil sie sich in ihrem Stolz verletzt sehen oder z. B. befürchten, in eine ungewollte Abhängigkeit von fremden Personen zu kommen.

Ältere und ärmere Haushalte zeigen geringeres Engagement (oder geringere Möglichkeiten), Nachbarschaftshilfe zu leisten

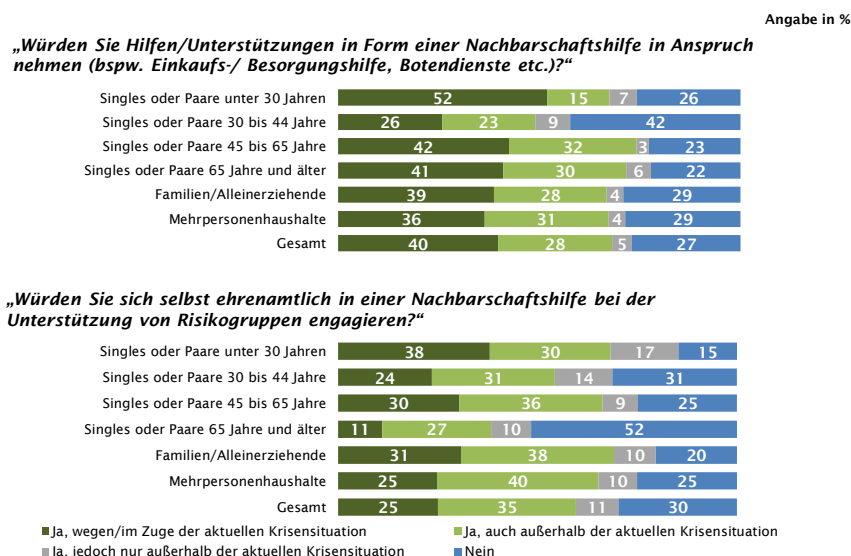
Bei der genaueren Betrachtung, wer Hilfe in Anspruch nehmen würde oder bereit ist, sie zu erbringen, fällt auf, dass Singles oder Paare zwischen 30 und 44 Jahre die geringste Bereitschaft für die Annahme von Hilfe in der aktuellen Krisensituation zeigen. Zugleich weisen sie den höchsten Wert der grundsätzlichen Ablehnung nachbarschaftlicher Unterstützung auf. Ein möglicher Grund ist die hohe berufliche Einbindung der Altersgruppe sowie deren (u. a.

„Mittelalte“ Singles und Paare brauchen wenig Hilfe, wollen diese aber durchaus leisten: Potenzial für einen „Generationenvertrag“

berufsbedingt) höhere Mobilität und stärker außerhäusige Orientierung. Dadurch wird ihrerseits nachbarschaftliche Hilfe nicht besonders priorisiert. Diese Gruppe ist mit 26 Prozent auch nur im vergleichsweise geringen Maß bereit, nachbarschaftliche Hilfe aufgrund der Corona-Pandemie zu leisten, was ebenfalls mit der geringen Bereitschaft zur Annahme nachbarschaftlicher Unterstützung im Alltag oder auch nach der Pandemie korreliert.

Singles oder Paare ab 65 Jahre, die somit zu den Risikogruppen für eine CoVID-19-Erkrankung gehören, sind im Vergleich deutlich stärker bereit, Hilfe anzunehmen als zu leisten. Das ist insofern nachvollziehbar, als dass durch Hilfeleistung die Gefahr der Ansteckung steigt.

Abbildung 11: Inanspruchnahme von Unterstützung / Engagement nach Haushaltstypen



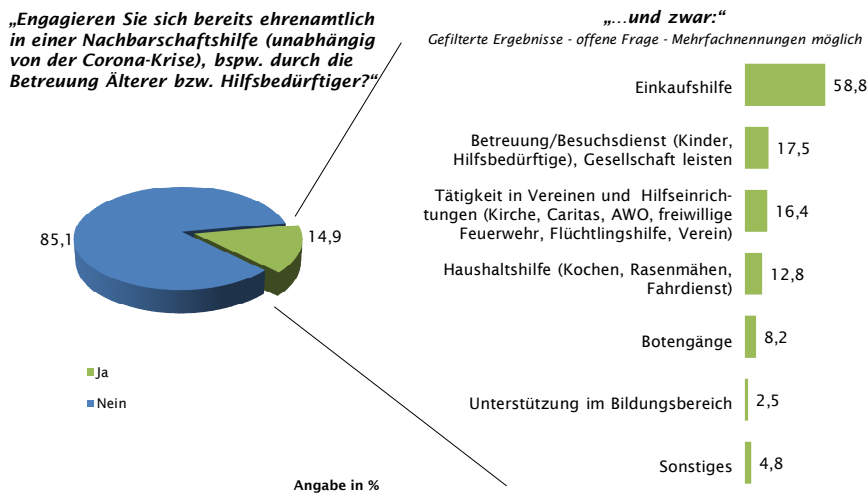
Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Hervorzuheben ist, dass Familienhaushalte und Singles und Paare unter 30 Jahren in besonderem Maße dazu bereit sind, nachbarschaftliche Hilfe zu leisten. Für Familien gilt dies auch außerhalb der aktuellen Corona-Krise. Sie zu fördern und ihnen Möglichkeiten nachbarschaftlicher Hilfe einzuräumen, kann eine Perspektive der Förderung nachbarschaftlicher Unterstützung in und nach der Corona-Krise sein.

Auch wenn etwa ein Drittel der Menschen sich grundsätzlich (auch außerhalb der Krise) in der Nachbarschaft engagieren würde (vgl. Abbildung 10), stellt sich die Frage, wie viele Personen dies tatsächlich schon getan haben und was für Tätigkeiten sie ausgeführt haben. Neben der Bereitschaft sich zu engagieren, wurde daher das **bereits gezeigte Engagement** abgefragt. Explizit war das nicht nur auf die Corona-Krise zu beziehen. Dadurch konnte das volle Spektrum der tatsächlich geleisteten freiwilligen Nachbarschaftshilfe herausgearbeitet werden. Knapp 15 Prozent der Befragten engagieren sich schon jetzt freiwillig – im Wesentlichen in der Einkaufshilfe. Andere Formen nachbarschaftlicher Hilfe, wie Betreuungsleistungen (17,5%), Vereinsengagement (16,4%) oder Haushaltshilfen (12,8%), folgen mit Abstand.

Sockel von ca. 15 Prozent der Menschen, die sich bereits heute in der Nachbarschaftshilfe engagieren

Abbildung 12: Engagement in der Nachbarschaft



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Neben der allgemeinen Unterstützungsbereitschaft sowie des krisenbedingten Solidarpotenzials existiert eine Basis engagierterer Nachbarn, die auch von institutioneller Seite verhältnismäßig gut zu aktivieren wären, sofern sie vor Ort identifiziert werden könnten.

An die Bereitschaft zum Engagement schließt sich die Frage nach der Organisation nachbarschaftlicher Hilfe, in Bezug auf die Corona-Krise, an. Auch für Land, Kommunen und andere Akteure stellt sich die Frage nach Unterstützungsbedarf. Drei Viertel der Befragten favorisierten selbstorganisierte Hilfe durch Aushänge im Treppenhaus oder ähnlichem.

**Nachbarschaftliches Engagement:
Am liebsten selbstorganisiert**

Abbildung 13: Organisation nachbarschaftlicher Unterstützung



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Rund 41 Prozent der Befragten nannten auch digitale Foren als Option zur (Selbst-) Organisation von ehrenamtlicher Nachbarschaftshilfe. Ebenfalls wird deutlich, dass etablierte Akteure der Organisation ehrenamtlicher Arbeit in anderen Bereichen, wie etwa soziale Dienste, Kommunen, Religionsgemeinschaften oder auch Vereine, nicht als einschlägige

Akteure bei der Organisation nachbarschaftlicher Hilfe gelten. Nur jeder vierte bis fünfte Befragte nannte diese Akteure; sogar nur etwa jeder zehnte Befragte ging davon aus, dass Wohnungsunternehmen oder Vermieter geeignete Akteure sein könnten, um nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren. Das ist bemerkenswert, da innerhalb der Wohnungswirtschaft seit mehr als 20 Jahren die Bedeutung von Nachbarschaftsnetzwerken diskutiert wird (vgl. z. B. Eichener 2001) und diese Netze im Kontext der (nachhaltigen) Quartiersentwicklung zunehmend als bedeutend angesehen werden (vgl. z. B. GdW 2018).

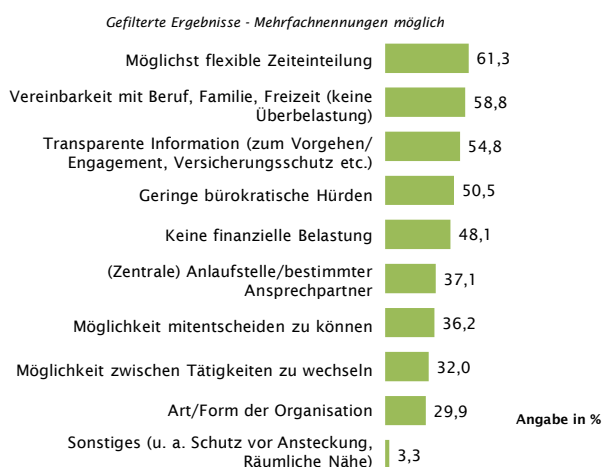
Insgesamt zeigt sich, dass für die Nachbarschaftshilfe im Ehrenamt ein **hohes Maß an Selbstorganisation** gefordert wird; digitale Plattformen können hier offenkundig eine gewisse Unterstützungsleistung bieten. Allerdings stellt sich die Frage, ob digitale Plattformen in gewünschter Form existieren und ob sie, die relevanten Informationen und Angeboten bieten. Das legt zum einen nahe, dass es doch einer gewissen Unterstützung der Selbstorganisation bedarf (wie sich noch zeigen wird) (vgl. Abbildung 14), und zum anderen professionelle Stellen sich so aufstellen sollten, dass sie vor allem in schwierigen Fällen Unterstützung organisieren können (Heinze et al. 2019).

Im Rahmen der Studie wurden Voraussetzungen für ein Engagement abgefragt. Etwa 60 Prozent der Befragten wollten, dass die Unterstützungsleistungen zeitlich flexibel zu gestalten sind, sodass sie mit Familie, Beruf und Freizeit zu vereinbaren sind. Zudem sollte Engagement keine bürokratischen oder finanziellen Belastungen mit sich bringen.

Engagement braucht Zeit, Flexibilität und... doch Organisation?

Abbildung 14: Voraussetzungen für nachbarschaftliches Engagement

„Gibt es bestimmte Voraussetzungen bzw. welche Unterstützung würden Sie benötigen, um sich zu engagieren?“

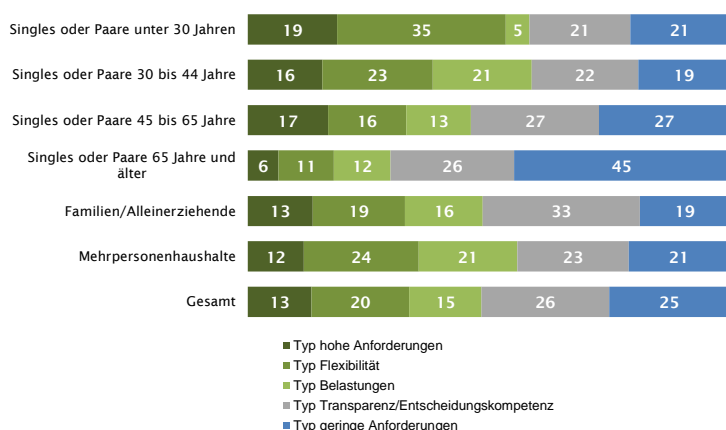


Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Die Auswertung der Frage nach Voraussetzungen nachbarschaftlichen Engagements lässt Rückschlüsse auf den Organisationsbedarf nachbarschaftlicher Hilfe zu. Während – direkt gefragt – noch der Wunsch nach Selbstorganisation im Vordergrund stand (vgl. Abbildung 13), lassen sich nun andere Hinweise erkennen. So lassen der Wunsch nach „transparenter Information“ (54,8 Prozent) aber auch die Bedeutung „zentraler Anlaufstellen und Ansprechpartner“ (37,1 Prozent) den Schluss zu, dass durchaus eine gewisse (Fremd-) Organisation nachbarschaftlicher Hilfe nicht nur akzeptiert, sondern sogar begrüßt würde. Sie müsste aber in hohem Maße die geforderte Flexibilität erlauben und den Hilfwilligen Möglichkeiten zur Mitgestaltung und zum Mitentscheiden über das Hilfsangebot insgesamt bieten.

Aus der Frage zu den gewünschten Voraussetzungen für nachbarschaftliche Unterstützung lässt sich mittels einer Clusteranalyse herausarbeiten, dass es mehrere „**Typen**“ der **Hilfewilligen** gibt, was ihre Wünsche nach Unterstützung bei der Nachbarschaftshilfe angeht (vgl. Abbildung 15). Zum einen sind das solche, die gerne viele Voraussetzungen (vgl. Abbildung 14) erfüllt sähen, um Nachbarschaftshilfe zu leisten. Daneben lässt sich eine Gruppe identifizieren, die besonders auf Flexibilität und Vermeidung von Bürokratie achtet sowie ein weiterer Typus, der nachbarschaftliche Hilfe leisten würde, wenn die Belastungen für die Helfenden gering blieben (hier geht es v. a. um die Vereinbarkeit der Hilfe mit Familie und Beruf).

Abbildung 15: Typisierung der Voraussetzungen für Nachbarschaftshilfe



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Schließlich gibt es eine weitere hilfsbereite Gruppe, die aber ein hohes Maß an Transparenz bei der nachbarschaftlichen Hilfe zur Voraussetzung macht und selbst mitentscheiden möchten, was zu tun ist. Gleichzeitig wünschen sie allerdings auch eine „zentrale Anlaufstelle“, welche bei der Organisation unterstützt. Die letzte eindeutig abzugrenzende Gruppe formuliert vordergründig kaum Anforderungen, um in die nachbarschaftliche Hilfe einzusteigen. Allerdings ist diese Gruppe mit den „geringen Anforderungen“ mit der hypothetischen Frage der Nachbarschaftshilfe erkennbar überfordert – das zeigt sich an der Bedeutung älterer Befragter in dieser Gruppe. Für eine Unterstützung oder Förderung von Nachbarschaftshilfe durch Land, Kommunen o. Ä. bedeutet dies zum einen, dass hier ein „trügerisches“ Potenzial der Nachbarschaftshilfe liegt, das zwar vordergründig nur geringe Anforderungen an Organisation und Unterstützung nachbarschaftlicher Hilfe stellt, jedoch kaum in der Lage ist, tatsächlich Unterstützung zu leisten. Zum anderen wird deutlich, dass es, sollte das Ziel bestehen, nachbarschaftliche Hilfeangebote zu stärken, unterschiedlicher Instrumente bedarf, um die verschiedenen „Typen“ von hilfsbereiten Personen in geeigneter Weise ansprechen zu können. Erkenntnisse, wie das geschehen könnte, liefert die Frage nach **positiven Erfahrungen der bereits heute in der Nachbarschaftshilfe engagierten Personen**. Dies waren, wie berichtet, knapp 15 Prozent (vgl. Abbildung 12). Davon rund 27 Prozent schätzten besonders die Solidarität und Hilfsbereitschaft innerhalb der Hilfestrukturen. Ein annähernd ähnlich großer Anteil von 23 Prozent aber verwies bereits auf die offenbar gegebene Flexibilität und die Möglichkeit zur freien Zeiteinteilung innerhalb der nachbarschaftlichen Hilfe.

Nachbarschaftliche Hilfe erfordert differenzierte Voraussetzungen, wie Organisationsunterstützung oder zeitliche Flexibilität

Hinweise auf die Organisationsform nachbarschaftlicher Hilfe ergeben sich aus der Analyse, wie Betroffene an Unterstützung kommen. Daher wurde abgefragt, an wen man sich konkret wenden würde, sollte man auf Hilfe aufgrund der CoViD-19-Pandemie angewiesen sein. Hier wird deutlich, dass die telefonische Kontaktaufnahme zur Familie und Freunden mit 68,8 Prozent das erste Mittel der Wahl sei. Auch medizinisches Personal würde offenbar bevorzugt angefragt, was die Schlüsselposition entsprechender Akteure und Personen in der

Nachfrage nach Hilfe: Per Telefon und WhatsApp Familie und Freunde kontaktieren

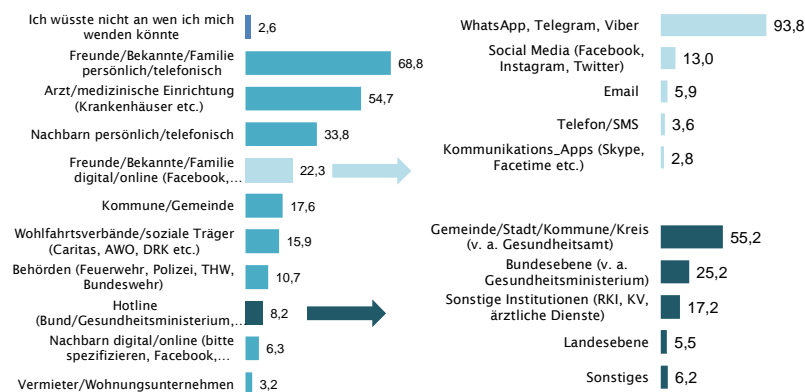
Corona-Krise unterstreicht. Etwa 22 Prozent der Befragten gaben an, sich online nach Hilfe zu erkundigen, wofür vor allem Messenger-Dienste gebraucht würden.

Abbildung 16: Vorgehensweise bei der Suche nach Unterstützung

„Stellen Sie sich vor, Sie würden zu einer Risikogruppe gehören oder Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied wären mit dem Virus infiziert und auf Unterstützung angewiesen. Wie würden Sie nun vorgehen? An wen würden Sie sich wenden?“

Mehrfachnennungen möglich

Angabe in %



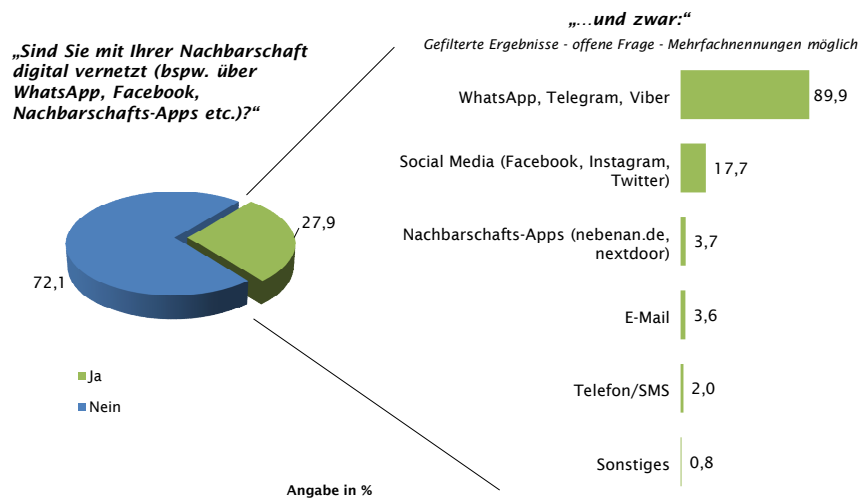
Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Auf Hotlines als Beratungsquelle entfiel mit nur 8,2 Prozent der Befragten ein geringer Anteil, von denen dann 55,2 Prozent kommunale Ansprechpartner favorisierten. Die Hotline-Angebote des Landes spielen hier eine untergeordnete Rolle, deutlich hinter kommunalen Anbietern, dem zuständigen Bundesministerium sowie medizinischen Institutionen (z. B. Robert Koch-Institut). Der Fokus auf lokale Akteure ist zunächst erklärbar, weil dies für viele Personen der (nicht nur räumlich) naheliegendste Gedanke ist – auch bei vielen anderen sozialen Fragen ist zunächst die Kommune zuständig. Das hohe Abschneiden des Bundesgesundheitsministeriums (und des Robert Koch-Instituts) ist durch deren mediale Präsenz nachvollziehbar. Insbesondere die regelmäßigen Pressekonferenzen des Robert Koch-Instituts spielen hier eine Rolle. Die Bedeutung weiterer medizinischer Institutionen erklärt sich aus der Art der individuellen Fragestellungen, die ggf. auch medizinischer Natur sind.

Auch wenn diese Option der digitalen Vernetzung in der direkten Abfrage (vgl. Abbildung 16) kaum eine Rolle als Weg zur Inanspruchnahme von Nachbarschaftshilfe spielt, wird sie als abstrakte Möglichkeit erkannt, nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren (ggf. unterstützend zur „Selbstorganisation“, vgl. Abbildung 13). Zudem könnte eine Nutzung digitaler Nachbarschaftsforen ein einfacher Weg sein, um nachbarschaftliche Unterstützung zu organisieren. Daher wurde gefragt, ob und wenn, welche Form digitaler Vernetzung zu Nachbarn besteht. Rund 28 Prozent der Befragten gaben an, dass sie in ihrer **Nachbarschaft digital vernetzt** sind. Das umfasst auch Kontakte zu einzelnen Nachbarn. Unter digital vernetzten Nachbarn sind geschlossene Messenger-Dienste wie *WhatsApp*, *Telegramm* oder *Viber* am weitesten verbreitet und werden von 90 Prozent genutzt. Social-Media-Plattformen, wie *Facebook*, nutzten 17,7 Prozent und eigens entwickelte digitale Nachbarschaftsplattformen, wie *nebenan.de* oder *nextdoor.com*, nur von 3,7 Prozent dieser Befragten.

Perspektiven digitaler Nachbarschaftsnetzwerke

Abbildung 17: Digitale Vernetzung in der Nachbarschaft



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Digitale Nachbarschaftsvernetzung spielt sich somit bislang v. a. in „**Dark-Social**“-Diensten ab, also in (privat) genutzten, für die Öffentlichkeit oder nicht eingeladene Personen nicht einsehbaren Messenger-Diensten etc. Dies deckt sich mit Erkenntnissen aus anderen Studien (vgl. Bötting/Eisele 2019). Bei einem differenzierten Blick in die Nutzergruppen digitaler Messenger-Dienste zur nachbarschaftlichen Kommunikation sind vor allem Familien mit 35,9 Prozent die stärkste Gruppe, wogegen nur 12,8 Prozent der Älteren solche Angebote nutzen. Diese sind zugleich zu 82,9 Prozent gar nicht digital mit Nachbarn vernetzt.

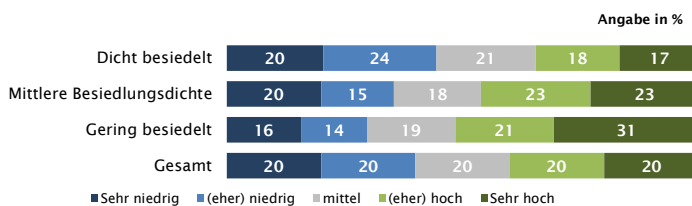
4.3. Perspektiven der Nachbarschaftshilfe nach Siedlungstypen

Zur Unterstützung nachbarschaftlicher Hilfe in der Corona-Krise ist es notwendig zu wissen, ob in unterschiedlichen Siedlungstypologien auch in verschiedener Weise Handlungsbedarf besteht. Hier wurde die Differenzierung nach EUROSTAT-Kriterien zwischen dicht besiedelten Räumen, Räumen mit mittlerer sowie geringer Besiedlungsdichte vorgenommen.¹³

Bei der Intensität nachbarschaftlicher Kontakte, zeigt sich ein **Stadt-Land-Gefälle**. In gering besiedelten Räumen ist der Kontakt zu Nachbarn überwiegend intensiv (52 Prozent) bzw. umgekehrt in dicht besiedelten Räumen schwächer (35 Prozent). Das kann zum Teil auch durch die Eigentümerquote erklärt werden, die auf dem Land höher ist und positiv auf nachbarschaftliche Kontakte wirkt – wie bereits erwähnt, haben (selbstnutzende) Eigentümer oft eine stärkere Einbindung in die Nachbarschaft als Mieter (vgl. Petermann 2015).

Starke Nachbarschaften auf dem Land

Abbildung 18: Intensität nachbarschaftlicher Kontakte nach Siedlungsdichte



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

¹³ <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/degree-of-urbanisation/background> (zuletzt gesehen 07.04.2020)

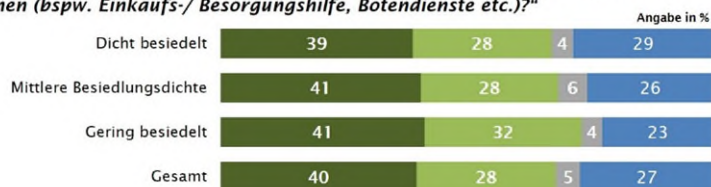
Es wird auch deutlich, dass selbst in gering besiedelten Regionen ein Drittel der befragten Personen von (sehr) niedrigen nachbarschaftlichen Bindungen ausgeht. Wenn gleichzeitig andere Personen in den Gemeinden stark in nachbarschaftliche Verbände integriert sind, ergibt sich Handlungsbedarf, da für entsprechend wenig eingebundene Personen die Hürden zur Aufnahme in ggf. geschlossen organisierte Nachbarschaften höher sind.

Ergänzend wurde untersucht, wie die Bereitschaft zur Annahme und der Erbringung nachbarschaftlicher Hilfe nach Siedlungstypen verteilt ist. Zur Bereitschaft der Hilfeannahme ist nur ein gering ausgeprägter Trend zu erkennen. In ländlichen Regionen ist die Bereitschaft Hilfe aufgrund der Corona-Krise anzunehmen vier Prozentpunkte höher als in Städten. Auch die generelle Bereitschaft, nachbarschaftliche Hilfe anzunehmen, ist auf dem Land leicht höher als in Städten. Die Bereitschaft, in Krisenzeiten zu helfen, ist in gering besiedelten Räumen mit 33 Prozent der dort Befragten sehr hoch. Auch das generelle Potenzial nachbarschaftlicher Hilfe ist dort erkennbar höher als in den anderen Siedlungstypen.

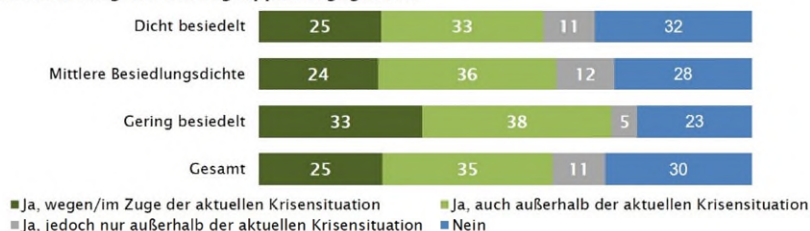
Hohe Engagementpotenziale im ländlichen Bereich

Abbildung 19: Inanspruchnahme von Hilfe / Engagementpotenzial nach Siedlungsdichte

„Würden Sie Hilfen/Unterstützungen in Form einer Nachbarschaftshilfe in Anspruch nehmen (bspw. Einkaufs-/ Besorgungshilfe, Botendienste etc.)?“



„Würden Sie sich selbst ehrenamtlich in einer Nachbarschaftshilfe bei der Unterstützung von Risikogruppen engagieren?“



Quelle: InWIS / FH Münster (2020), eigene Darstellung

Ergänzend wurde auch nach der **Erfahrung mit Quarantäne** gefragt. Zu dem frühen Zeitpunkt in der Pandemie ließen sich aber kaum signifikante Unterschiede nach Besiedlungsdichte ableiten – nur vier Prozent der Befragten hatten schon Quarantäne-Erfahrung; insbesondere im ländlichen Raum lag ihr Anteil sehr niedrig (bei nur einem Prozent).

5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Befragung hat differenzierte Ergebnisse zu Perspektiven der Bevölkerung auf die Corona-Krise, Nachbarschaftshilfe in Zeiten von Corona sowie räumliche Muster von Hilfsbereitschaft und Bedürftigkeit zutage gefördert. Nach einem Fazit werden im Folgenden Handlungsempfehlungen für das Land NRW, Kommunen und soziale Dienste abgeleitet, um die Ressource nachbarschaftlichen Engagements bewerten und heben zu können.

5.1. Die Menschen in der Pandemie

Die vorliegenden Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, dass die Bevölkerung in NRW sich im Krisenmodus befindet. Die Entwicklung der Pandemie, die von Asien ausgehend nach und nach die gesamte Welt erreicht hat und die Menschen in vielen Ländern betrifft, bestimmt nicht nur das tägliche Bild in den Medien. Die durch das sog. Coronavirus (SARS-CoV-2) ausgelöste Pandemie mit ihrer zunächst exponentiellen Verbreitung bestimmt das Denken und den Alltag der meisten Menschen in NRW. Die Bedeutung des Themas zeigt sich schon an der **hohen Bereitschaft, an der Befragung teilzunehmen**. So sind üblicherweise bis zu zehn, bei manchen Fragestellungen sogar mehr, Anrufversuche notwendig, um Personen zu erreichen, die nicht nur aufgrund der repräsentativen Stichprobe befragt werden können, sondern die auch bereit sind, sich auf ein Thema einzulassen. Das verlief hier anders – jeder dritte angerufene Proband gab bereitwillig Auskunft. Viele äußerten sich zudem positiv über die Befragung an sich und waren beruhigt, dass sich dem Thema angenommen wird. Nur aufgrund dieses hohen Interesses am Thema war es möglich, die Befragung von über 1.000 Personen in so kurzer Zeit umzusetzen.

Das Virus bestimmt das öffentliche und private Leben – die Befragung erzeugt eine positive Resonanz.

Wie bereits erwähnt dominiert das Coronavirus die Bildschirme und Titelseiten – v. a. die bewegten Bilder sind es, die von den Befragten als Informationsquelle genannt werden. Daneben **spielt das Internet bei den meisten Altersgruppen eine wichtige Rolle** für die Information – mit allen Chancen und Gefahren, die damit verbunden sind. Zwar können internetbasierte Quellen eine hohe Reichweite erreichen und große Flexibilität bieten, jedoch birgt das Netz auch ein erhebliches Potenzial zur Überreaktion bis hin zur Falschinformation, sei diese nun absichtlich oder unabsichtlich. Lediglich ältere Befragte informieren sich zur Corona-Pandemie in signifikantem Umfang über klassische Printmedien.

Die Menschen informieren sich über TV und Internet – mit allen Chancen und Gefahren, die darin für die offizielle Informationspolitik liegen

Die Menschen gehen mehrheitlich nicht davon aus, dass die Krisensituation, in der sie und das Land sich befinden, innerhalb kurzer Zeit beendet werden könnte. Die erwartete **Fortdauer der Krise** liegt bei durchschnittlich knapp **sechs Monaten** – knapp ein Viertel der Befragten rechnen sogar mit einem noch längeren Verlauf. Offenbar haben die Menschen somit erkannt, dass die Pandemie und damit auch die erforderlichen Bekämpfungsmaßnahmen, die mit zur „Krise“ gehören, nicht ohne weiteres kurzzeitig enden werden.

Die Bevölkerung stellt sich auf eine längere Dauer der Pandemie und damit verbundener Belastungen ein

Das zeigt sich auch an den beruflichen Auswirkungen. Ein großer Teil der Berufstätigen spürt diese bereits im eigenen Alltag, da sie (50 Prozent) im „Home-Office“ arbeiten müssen. Bei allen Vorteilen, die das mit sich bringt, führt das auch zu erheblichen Belastungen – insbesondere, wenn eine geeignete Arbeitsumgebung nicht vorhanden ist oder weitere Herausforderungen, wie die Kinderbetreuung hinzukommen.¹⁴ Zudem gehen in erheblichem Umfang „analoge“ soziale Kontakte (zu Kolleginnen und Kollegen) verloren, was für Menschen ohne eine stabile soziale Einbettung zu Beeinträchtigungen führen kann. Doch auch Kurzarbeit oder die vorübergehende Schließung des Betriebs wurden schon zum frühen Zeitpunkt in dieser Pandemie erlebt – auch hieran zeigt sich für viele der **Ernst der Lage**.

Bemerkenswert ist, dass ein großer Teil der Befragten sich selbst oder andere Haushaltsangehörige als zu **Risikogruppen** zugehörig identifiziert. Nur etwas mehr als ein Drittel der befragten Personen äußern auf die entsprechende Frage ein klares „Nein“. Im Umkehrschluss werden alle anderen Personen sich insbesondere vor dem Hintergrund des offenbar erkannten Ernsts der Lage damit auseinandersetzen, auch selbst von mehr oder weniger massiven Einschränkungen im Alltag ausgehen zu müssen. Zwar geben nur knapp neun

64 Prozent der Befragten sehen sich oder Angehörige als Teil einer Risikogruppe

¹⁴ Eine aktuelle Studie (Bünning et al. 2020) des Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin (WZ) zeigt auf, dass die Arbeitszufriedenheit von Eltern im Home-Office im Vergleich zu Kinderlosen infolge der Corona-Pandemie deutlich abgenommen hat (S. 28f); stärker hat sie nur noch in ohnehin finanziell angespannten Haushaltssituationen sowie bei selbstständig Tätigen abgenommen.

Prozent der befragten Haushalte an, bereits jetzt auf Hilfe angewiesen zu sein. Doch für die Zukunft wird offenkundig mit Einschränkungen gerechnet.

Angesichts dessen erstaunt nicht, dass durchaus ein großer Teil der befragten Personen mit negativen Auswirkungen der Pandemie auf die eigene Situation rechnet bzw. diese zumindest befürchtet. Allerdings ist bemerkenswert, dass – trotz des hohen Anteils offenkundiger Risikogruppen-Angehöriger – die Sorgen der Befragten vor allem um **wirtschaftliche Dimensionen** kreisen. Nur ein Viertel der befragten Personen befürchtet, selbst an CoViD-19 zu erkranken. Aber 41 Prozent rechnen mit einem negativen Einfluss auf Vermögenswerte. Immerhin 34 Prozent geben an, dass sie von eigenen deutlichen Einkommenseinbußen ausgehen. Damit einher geht die Angst von immerhin knapp 17 Prozent der Befragten, ökonomischen Verpflichtungen nicht nachkommen zu können. Soziale Nachteile, wie etwa den Verlust sozialer Kontakte, erwarten zwar auch einige Befragte; diese Komponente spielt jedoch im Verhältnis eine geringere Rolle. Diese Gegenüberstellung lässt mehrere Schlüsse zu: Zum einen wird offenbar die konkrete gesundheitliche Bedrohung der Pandemie für die Befragten selbst nicht als besonders kritisch bewertet. Hier dürften auch die anhaltenden Diskussionen um die Einschätzung der Gefährlichkeit von CoViD-19 in den Medien sowie um die in Deutschland vergleichsweise niedrige Mortalität in Verbindung mit der Erkrankung eine Rolle spielen. Gleichzeitig erkennen die Menschen zwar, dass die Krisensituation mit all ihren wirtschaftlichen Folgen sie durchaus betreffen kann. Jedoch ist die Mehrheit auch diesbezüglich zumindest in gewissem Umfang optimistisch – was einerseits auf die konkrete eigene Situation zugeschnitten sein kann, andererseits auch ein grundlegendes Vertrauen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft signalisiert.

Aus diesen Erkenntnissen lässt sich jedoch nicht eindeutig ableiten, dass der Erhalt der Wirtschaftsleistung unbedingt Vorrang vor gesundheitlichen Maßnahmen haben müsste. Dagegen spricht allein schon die Tatsache, dass die Menschen durchaus mit einer längeren Krisensituation rechnen (s.o.). Erklärungsbedürftig ist der Zusammenhang zwischen beiden Determinanten. Es fällt nicht leicht, zu prognostizieren und verständlich zu kommunizieren, dass eine entschlossene Bekämpfung der Ausbreitung des Virus mittel- und langfristig dabei hilft, die dazu notwendigen restriktiven Regelungen, die sich nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken, zurückzunehmen. Möglicherweise werden viele Menschen dies zwar wissen (oder ahnen), doch ist der Zusammenhang wohl für viele zu abstrakt. Außerdem ist es schwierig, konkrete **Folgen für die eigene Situation** daraus abzuleiten.

5.2. Nachbarschaftshilfe in der Corona-Pandemie

Nachbarschaftshilfe selbst sowie die gegenseitige Hilfe in Krisenzeiten stellen für sich genommen noch keine Besonderheit dar. Vielmehr sind sie ein ursprünglicher Aspekt nachbarschaftlichen Zusammenlebens und gegenseitiger Hilfe – schon in dörflichen Gemeinschaften neben den klassischen familiären Bindungen und Netzwerken. Allerdings unterliegen aufgrund des demografischen Wandels und bekannter gesellschaftlicher Singularisierungs- und Pluralisierungstendenzen diese altbekannten „verlässlichen“ Netzwerke erheblichen Veränderungen bzw. bestehen sie für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nicht mehr (in räumlicher Nähe). Je länger eine Krise, wie die aktuelle Pandemie mit den daraus folgenden Beschränkungen des sozialen Lebens andauert, desto wichtiger wird jedoch die Möglichkeit, Hilfe über verlässliche Netzwerke in Anspruch nehmen zu können. Dies gilt besonders für Leistungen und Themen, die nicht „digital“ erbracht werden sowie für Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Netzen haben. Gerade in Zeiten einer eingeschränkten Mobilität (wie bei Kontakt- oder Ausgangssperren) gewinnen (nachbarschaftliche) Netzwerke an Bedeutung, die in räumlicher Nähe zum Wohnstandort bestehen oder aktiviert werden können.

Die Menschen ängstigen sich eher vor wirtschaftlichen Folgen, als vor einer eigenen Erkrankung mit CoViD-19

Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Einschränkungen und Dauer der Krisensituation (sowie deren Bekämpfung) ist schwer nachvollziehbar

Nachbarschaft als soziales Netz im Sozialraum gewinnt in Zeiten eingeschränkter Mobilität an Bedeutung

Die **Qualität der nachbarschaftlichen Netze** wird von den Befragten positiv eingeschätzt. Mehr als drei Viertel halten ihre Nachbarn für freundlich und geben an, sie zu kennen. Allerdings wird auch deutlich, dass die Bindungen an die Nachbarn nicht unbedingt besonders ausgeprägt sind. Diese Netze ersetzen (bisher jedenfalls) nicht immer freundschaftliche oder familiäre Bindungen. Ebenfalls wurde geprüft, welche Faktoren für die Qualität nachbarschaftlicher Netze entscheidend sind. Hier sind insbesondere die (hohe) Kaufkraft sowie die (geringe) Siedlungsdichte zu nennen. Menschen mit vergleichsweise niedriger Kaufkraft können deutlich weniger von nachbarschaftlichen Netzwerken profitieren als wohlhabendere Personen. Ebenfalls sind Menschen in Städten tendenziell weniger in nachbarschaftliche Netze eingebunden. Hier entsteht ein Problem mit Blick auf städtische Quartiere, in denen viele Menschen mit geringem Einkommen leben. Dort wird es vergleichsweise schwierig sein, auf (selbstorganisierte) nachbarschaftliche Hilfe zugreifen zu können.

Armut und städtischer Wohnort sind Ungünstfaktoren für die Qualität nachbarschaftlicher Netze

Wie schon in anderen Studien herausgearbeitet, lässt auch die aktuelle Befragung erkennen, dass etwa ein Drittel der Befragten grundsätzlich bereit ist, Nachbarschaftshilfe zu leisten (gegenüber 15 Prozent, die das bereits heute tun). Hinzu kommt wegen der Krisensituation ein weiteres Drittel, das als **Solidarpotenzial** aktiviert werden könnte. Außerdem existiert ein veritabler Anteil, der nach Abklingen der Krise (dauerhaft) für nachbarschaftliches Engagement gewonnen werden könnte. Je nachdem, wie sich das nachbarschaftliche Engagement in Zukunft entwickelt, könnte eine Art „Weckruf“ geschehen, um den Anteil der Menschen, die sich dauerhaft in der Nachbarschaftshilfe engagieren, zu erhöhen. Die Mehrheit präferiert selbstorganisierte Hilfen, allerdings zeigt sich anhand der gewünschten Voraussetzungen für nachbarschaftliche Hilfen, dass gewisse Unterstützung gewünscht wird, wie z. B. transparente Informationen und eine zentrale Anlaufstelle.

Hilfsbereitschaft ist krisenbedingt hoch: Knapp 60 Prozent wären aktuell bereit, Hilfe zu leisten – etwa 40 Prozent auch über die Krise hinaus

Bemerkenswert ist, dass der Anteil digital vernetzter Nachbarn in NRW bereits bei über einem Viertel liegt, was digitale Angebote zu einer wachsenden Ressource werden lässt. Allerdings sind hier vor allem Messenger-Dienste verbreitet und kaum offene Foren. **Online-Plattformen** kommen für immerhin 41 Prozent der befragten durchaus als **Organisationshilfe** infrage. Aktuell zeigt sich aber, dass die meisten Menschen dort (noch) nicht nach Unterstützung suchen, sondern eher auf Freunde, Familie, medizinisches Personal oder die persönliche Ansprache von Nachbarn setzen. Wenn digital kommuniziert wird, dann zumeist ebenfalls mit Freunden usw. über geschlossene Messenger-Dienste. Um die mit diesen Systemen verbundenen Potenziale der (Aktivierung) nachbarschaftlicher Hilfe besser zu verstehen, bedarf es jedoch einer weitergehenden qualitativen Analyse entsprechender Gruppen (etwa über lokale Facebook-Gruppen oder *nebenan.de*-Quartiere).

Online-Vernetzung würde akzeptiert, wird allerdings momentan, wenn überhaupt, in geschlossenen Messengern genutzt

5.3. Stadt-Land-Gefälle im Hilfe Potenzial

Die Analysen zeigen, dass ein signifikantes Gefälle in der Engagementbereitschaft nicht nur zwischen Altersgruppen besteht – ab 65 Jahren nimmt die Bereitschaft oder Fähigkeit, sich in der Nachbarschaftshilfe zu engagieren, deutlich ab. Deutlich wird auch, dass sowohl die Qualität nachbarschaftlicher Beziehungen als auch die Bereitschaft, sich zu engagieren, in ländlichen Regionen deutlich höher ausgeprägt ist. Diese Erkenntnis überrascht nicht, gilt doch das (groß-)städtische Leben seit der Frühzeit der Stadtsoziologie als von Anonymität geprägt. Dadurch werden – jedenfalls in Teilen der städtischen Verdichtungsräume – die Möglichkeiten zur Aktivierung ehrenamtlichen nachbarschaftliche Hilfe Potenzials begrenzt.

Ländliche Bevölkerung engagiert sich stärker als Bewohnerinnen und Bewohner verdichteter Siedlungsbereiche

Demgegenüber ist jedoch die Bereitschaft, Hilfe aus der Nachbarschaft anzunehmen, in Stadt und Land ähnlich ausgeprägt. Das bedeutet, dass die Menschen in urbanen Räumen größere Schwierigkeiten haben könnten, Hilfe aus der Nachbarschaft zu erhalten. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass v. a. Haushalte mit geringerer Kaufkraft in besonders geringem

Städtische Problemquartiere drohen auch in der Corona-Krise „abhängig“ zu werden, was das nachbarschaftliche Engagement angeht

Umfang Hilfe leisten und annehmen würden. Es sind die großstädtischen Verdichtungsräume, innerhalb derer (in einzelnen Stadtteilen oder Quartieren) solche Haushalte vermehrt vorkommen. Damit zeigt sich, dass ohnehin schon aufgrund sozialer Ungleichheiten und **Segregation belastete großstädtische Quartiere** im Kontext der Krise auch in besonderer Weise betroffen sein könnten, weil eben dort die zivilgesellschaftlichen Hilfefpotenziale nicht im gleichen Maße vorhanden und aktivierbar sind wie andernorts.

6. Forschungsbedarf und Handlungsempfehlungen

6.1. Forschungsbedarf

Die nachbarschaftliche Hilfe und insbesondere auch die Initiierung und Organisation nachbarschaftlicher Hilfe sind sicher nicht das erste Thema, an das man bei der Bekämpfung einer Pandemie denken würde. Dennoch zeigt sich, dass die Folgen der Pandemie (oder genauer: der Bekämpfung der Pandemie), nämlich eine massive Einschränkung des sozialen Lebens und der nahräumlichen Mobilität, für viele Menschen eine Umorientierung in der Selbstversorgung oder in den persönlichen Hilfesystemen erforderlich macht. Hier kann nachbarschaftliche Unterstützung ein wichtiger Baustein sein.

Die vorliegende Studie liefert erste Erkenntnisse dazu, wie diese Hilfefpotenziale erkannt und aktiviert werden können. Gleichzeitig zeigt sich, dass es offenbar, je nach Zusammensetzung der konkreten Nachbarschaft, Unterstützungsbedarf beim Aufbau und bei der Durchführung (ehrenamtlicher) nachbarschaftlicher Hilfenetze gibt. Offenbar funktionieren nicht überall dieselben Rezepte; vielmehr ist damit zu rechnen, dass z. B. eine „Über-Organisation“ nachbarschaftlicher Hilfe bestimmte Zielgruppen von ihrem möglichen Engagement eher abhalten würde, als sie zu motivieren. Hier bräuchte es konkretere **qualitative Feldstudien** und die Beobachtung unterschiedlicher **Methoden zur Aktivierung nachbarschaftlicher Hilfefpotenziale**. Denkbar wäre z. B., gezielt den Aufbau digitaler Unterstützungsstrukturen zu beobachten und gleichzeitig alternative Konzepte nachbarschaftlicher (Selbst-) Hilfe auszuwerten. Zudem wäre es, insbesondere auch für die Verfechter von Selbsthilfe aber auch für Akteure, die diesbezüglich Unterstützung leisten wollen oder müssen, hilfreich, einen **Methodenbaukasten** oder auch **Beispiele gelungener nachbarschaftlicher Hilfenetze** zu kennen. Entsprechende „*Good-Practice*“-Sammlungen könnten die jeweiligen Initiatoren (seien es private Personen oder auch lokale Akteure) motivieren, selbst in die nachbarschaftliche Hilfe einzusteigen, und/oder sie dabei konkret unterstützen.

Insbesondere in der digitalen Vernetzung von Nachbarschaften, u. a. auch zur Aktivierung von Unterstützung, sehen viele Akteure ein großes Potenzial. Neben den Kommunen versuchen auch soziale Träger, Wohnungsunternehmen sowie nationale Anbieter, wie *nebenan.de*, hier Erfahrungen zu sammeln. Letztlich bedürfte es einer qualitativen Analyse der konkreten Vorgänge in den entsprechenden nachbarschaftlichen Netzen, etwa durch (anonymisierte) Auswertung des Traffics in ausgewählten Gruppen und Netzwerken.

Aus den Analysen ergeben sich hemmende Faktoren, die der Aktivierung nachbarschaftlichen Engagements entgegenstehen. Dies sind neben der Siedlungsdichte (also der Frage, ob es sich um städtische oder ländliche Nachbarschaften handelt) auch das Alter der Bevölkerung sowie deren Gesundheitssituation. Diese Faktoren ließen sich mithilfe datenbasierter Analysen räumlich ausprägen. Somit könnte ein **Atlas des Nachbarschaftshilfefpotenzials** entstehen, der lokalen Akteuren und Kommunen Hinweise liefert, wo und mit welchen Mitteln (s. Methodenbaukasten usw.) notwendige Aufbauarbeit geleistet werden kann.

Methodenbaukasten für Initiatoren von Nachbarschaftshilfe

Feldstudien zum Verständnis digitaler Nachbarschaftshilfekoordination

(Klein-) räumliche Ausprägung Hemmnisfaktoren und von Koordinationsbedarfen – Atlas Nachbarschaftshilfefpotenziale

6.2. Handlungsempfehlungen

Aus der vorliegenden Studie lassen sich einige zentrale Handlungsempfehlungen für das Land Nordrhein-Westfalen ableiten, die sich nicht allein auf die akute Krisenlage beziehen, sondern z. T. darüber hinaus Wirkung entfalten können. Die vorliegende Studie ist nicht darauf ausgelegt, die medizinische oder wirtschaftliche Bewältigung der aktuellen Krise zu bewerten oder zu gestalten. Hier ging es um die Bewältigung in sozialer Hinsicht, wenngleich zwischen den einzelnen Bereichen zwangsläufig Wechselwirkungen bestehen werden.

Landesangebot zur Unterstützung der Koordination ehrenamtlicher Hilfe in der Nachbarschaft (u. a. für Risikogruppen und unter Quarantäne stehende Personen):

Es zeigt sich, dass das Solidarpotenzial in der Bevölkerung hoch und krisenfest ist. Um die Engagementbereitschaft in der Krisenzeit als Ressource zur Krisenbewältigung zu nutzen, bedarf es einer strategischen Begleitung dieser Thematik und der Unterstützung von Engagierten bzw. Hilfewilligen sowie koordinierender Akteure. Hierzu können eine Förderung sowie auch die Bereitstellung von Ressourcen finanzieller oder personeller Art (z. B. durch Tutorien oder vergleichbare „Hilfestellungen“) dienlich sein wie auch die Information über geeignete Tools oder Beispiele für den Aufbau nachbarschaftlicher Netze (z. B. über entsprechende Social-Media-Kanäle, auf Websites, Blogs o. Ä.). Ebenfalls können Kommunen sowie lokale Träger durch geeignete Daten (z. B. zur kleinteiligen Verteilung von Risikogruppen, zur Qualität sozialer Netze in Nachbarschaften usw.) befähigt werden, passgenaue Ansätze zur Initiierung oder Etablierung nachbarschaftlicher Hilfenetze zu erkennen.

Weitere Fokussierung der medialen Präsenz insbesondere in digitalen Medien:

Es hat sich gezeigt, dass viele Menschen in der Krise v. a. auf Informationen aus dem TV sowie aus den digitalen Medien vertrauen. Beide Möglichkeiten werden seitens der Landesregierung bereits genutzt. Dies sollte weiterhin fortgesetzt werden – auch, um den Menschen **konkrete Angebote und Hilfestellungen** z. B. zur nachbarschaftlichen Kommunikation, zum Angebot von Hilfeleistungen in der Nachbarschaft usw. zu machen. Letztlich kommt es darauf an, alle medialen Möglichkeiten zu nutzen, um auch unterschiedliche soziale Milieus und Altersgruppen gut erreichen zu können. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei auch der gezielten Nutzung von Messenger-Diensten, Podcasts o. Ä. sowie das Bereitstellen von Informationen auf Social-Media-Kanälen zu. Auf diese Weise können Informationen direkt an betroffene Personen weitergegeben werden.

Weitere Akteure in Informationspolitik zur Krise und Ehrenamt einbeziehen

Im Zusammenhang mit dem Informationsangebot spielen bislang offenbar die Arbeitgeber nur eine untergeordnete Rolle. Hier wäre zu prüfen, ob sie sich durch das Land stärker einbeziehen lassen, um qualifiziert über die Krisensituation und z. B. auch **Möglichkeiten der ehrenamtlichen Unterstützung** in der Nachbarschaft zu informieren. Denkbar wäre auch, die Vereinbarkeit der ehrenamtlichen Leistungen mit der beruflichen Tätigkeit zu verbessern, indem Arbeitgeber dabei unterstützt werden, ihren Mitarbeitern entsprechende Flexibilität zu ermöglichen. Hier können sowohl flexible Arbeitszeitmodelle wie auch die Erleichterung von Heimarbeit etc. z. B. durch Anschaffung von Equipment usw. genannt werden.

Beobachtung der räumlichen Komponente sozialer Auswirkungen der Krise (mit Blick insbesondere auf „benachteiligte Stadtteile“):

In der Studie zeigte sich, dass gerade die Bevölkerungsgruppen mit den geringsten Einkommen das geringste Zutrauen in ihre Nachbarschaft haben. Sie sind damit einerseits von Möglichkeiten der Inanspruchnahme nachbarschaftlicher Hilfestellungen abgeschnitten und zugleich auch am wenigsten bereit, das Risiko nachbarschaftlicher Hilfe einzugehen. In der

Folge kann es in Stadtteilen mit einem erhöhten Anteil von Armut bedrohter Menschen zu **herausfordernden Versorgungssituationen für Haushalte**, insbesondere bei einer Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe oder Quarantäne, kommen. Diese Haushalte würden dann nur schlecht durch nachbarschaftliche Hilfe aufgefangen und unterstützt werden können. Hier können **lokal vorhandene Hilfeinrichtungen**, wie Stadtteilbüros oder Sozialstützpunkte eine Rolle bei der Krisenbewältigung spielen, sofern sie über Möglichkeiten der Kommunikation verfügen, die weitgehend „kontaktlos“ funktionieren. Das Land NRW fördert solche Ansätze bereits auf unterschiedlichen Wegen, so z. B. im Rahmen der Städtebauförderung. Insbesondere Mittel aus deren Programmen (z. B. „Soziale Stadt“) sind jedoch in der Regel nur nach langwierigen Vorarbeiten (komplexe Antragstellung mit aufwändigem Handlungskonzept etc.) verfügbar. Insofern kann eine bedarfsgerechte Ausweitung von Programmen, die **konkrete lokale Angebote nachbarschaftlicher Vernetzung und Unterstützung** zum Ziel haben, diskutiert werden. Dazu müsste auch die Unterstützung des Aufbaus entsprechender Angebote durch lokale Akteure gehören. So zeigt die Erfahrung mit entsprechenden Angeboten wie auch die aktuelle Studie, in der trotz des ausgeprägten Wunsches nach „selbstorganisierten“ Angeboten der Nachbarschaftshilfe, an vielen Stellen deutlich, dass jedenfalls für viele Hilfwillige eine gewisse organisationale Unterstützung sinnvoll ist.

Unterstützung von Familien und anderen „Hilfwilligen mit Hemmnissen“:

Familien sind besonderes in ihrer Nachbarschaft vernetzt und bereit, Hilfe zu leisten – in der aktuellen Krise und darüber hinaus. Zudem laufen viele Hilfemaßnahmen ohnehin über familiäre Kontakte im Nahumfeld. Aufgrund der Maßnahmen zur Pandemieeinschränkung, wie fehlender Kinderbetreuung etc., ist dieser Knotenpunkt nachbarschaftlicher Hilfe aber gehemmt. Hier sollten Ansatzpunkte ausgelotet werden, wie engagierte Familien bei der Ausübung ihres Engagements unterstützt werden können. Aber auch andere Gruppen, wie Ältere, sollten nicht nur wegen ihres Alters und ihrer Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe vollständig vom Ehrenamt ausgeschlossen werden. Allerdings ist ihr erhöhter Schutzbedarf zu berücksichtigen; daher könnten sie motiviert werden, andere (alternative) Angebote der nachbarschaftlichen Hilfe und Unterstützung zu leisten. Beispielsweise könnten sie bei entsprechender Anleitung die o.g. Familien bei (ohnehin digitalen) Homeschooling-Angeboten oder mit (digitalen) Vorlesestunden o. Ä. in ihrem Engagement bestärken. Allerdings bedarf es hierfür gewisser Technik-Vorkenntnisse, die nicht immer gewährleistet sind. Doch auch Möglichkeiten unter Ausnutzung bekannter Technik sind denkbar; ein Beispiel ist der Aufbau von Telefonketten gegen Vereinsamung (älterer oder alleinstehender) Personen.

Vernetzung von medizinischen Akteuren und Hilfenetzen:

Medizinische Einrichtungen, wie Arztpraxen, sind wichtige Informationsquellen für Risikogruppenangehörige sowie andere Personen in der Pandemie. Sollte es tatsächlich noch zu einem verstärkten Anstieg der Zahl infizierter Personen kommen (etwa im Laufe weiterer „Wellen“ der Ausbreitung des Virus), können diese Akteure schnell an Leistungsgrenzen stoßen. Insofern wäre es sinnvoll, diese Akteure in die Lage zu versetzen, auf lokale Hilfenetze verweisen zu können. Dies würde einerseits eine Entlastung für sie bedeuten und könnte andererseits dazu beitragen, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Literaturverzeichnis

Bölting, T.; Eisele, B. (2019): Wohnzufriedenheit im Quartier und die digitale Nachbarschaft. In: Heinze, R. G.; Kurtenbach, S.; Üblacker, J. (Hrsg.): Digitalisierung und Nachbarschaft. Erosion des Zusammenlebens oder neue Vergemeinschaftung? Baden-Baden: Nomos. S. 93-114.

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (Website; 22.04.2020): <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/55766/subprime-krise>.

Bünning, Mareike; Hipp, Lena; Munnes, Stefan (2020): Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona, WZB Ergebnisbericht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin. Verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/handle/10419/216101>

Eichener V. (2001): Soziales Management und Revitalisierung von Nachbarschaft als Herausforderung sozial verantwortlicher Wohnungswirtschaft. In: Heinze R. G., Olk T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Fromm, S., & Rosenkranz, D. (2019): Unterstützung in der Nachbarschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Galster, G. (2001): On the Nature of Neighbourhood. *Urban Studies*, 38(12), 2111–2124.

GdW (Hrsg.) (2018): Wohntrends 2035. GdW-Branchenbericht 7, verfasst von Analyse&Konzepte und InWIS. Berlin.

Gesemann, F., Schwarze, K. & Seidel, A. (2019): Städte leben Vielfalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Hamm, B. (1973). *Betrifft: Nachbarschaft*. Düsseldorf.

Heinze, R., Beckmann, F. & Schönauer, A.-L. (2019): Die Digitalisierung des Engagements: zwischen Hype und disruptivem Wandel. In: R.G. Heinze, S. Kurtenbach & J. Üblacker (Hrsg.) *Digitalisierung und Nachbarschaft*. Baden-Baden: Nomos. S. 61-90.

Heinze, R.G., Kurtenbach, S. & Üblacker, J. (2019): *Digitalisierung und Nachbarschaft*. Baden-Baden. Nomos.

Helbig, M., & Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Berlin Social Science Center Discussion Paper, P 2018-001.

Hüllemann, U., Brüscheiler, B. & Reutlinger C. (2015): Räumliche Aspekte von Nachbarschaft – eine Vergewisserung In: C. Reutlinger, S. Stiehler & E. Lingg (Hrsg.) *Soziale Nachbarschaften. Geschichte, Grundlagen, Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23-34.

Kruger, J. & Dunning, D. (1999): *Unskilled and unaware of it. How difficulties in recognizing one's own incompetence lead to inflated self-assessments*. In: *Journal of Personality and Social Psychology*. Band 77, Nr. 6, 1999, S. 1121–1134.

Kurtenbach, S. (2017): *Leben in herausfordernden Wohngebieten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kurtenbach, S. (2019): Digitale Segregation. In: R.G. Heinze, S. Kurtenbach & J. Üblacker (Hrsg.) *Digitalisierung und Nachbarschaft*. Baden-Baden: Nomos. S. 115-142.

Langer, E. J. & Roth, J. (1975): Heads I win, tails it's chance: The illusion of control as a function of the sequence of outcomes in a purely chance task. *Journal of Personality and Social Psychology* 34, 191–198.

Petermann, S. (2015): Soziale Netzwerke und Nachbarschaft. In: Reutlinger C., Stiehler S., Lingg E. (Hrsg.) Soziale Nachbarschaften. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit, vol 10. Springer VS, Wiesbaden (III.5).

Pronin, E.; Lin, D. Y.; Ross, L. (2002): The Bias Blind Spot: Perceptions of Bias in Self Versus Others. In: Personality and Social Psychology Bulletin. Band 28, Nr. 3, 2002, S. 369–381, doi:10.1177/0146167202286008.

RKI - Robert Koch-Institut (2020): https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html.

Sampson, R. J. (2012): *Great American City*. Chicago/ London: The University of Chicago Press.

Strohmeier, K. P. (2009): Die Stadt im Wandel – Wiedergewinnung von Solidarpotential. In: K. Biedenkopf, H. Bertram & E. Niejahr (Hrsg). *Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise*. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel« (S.157-173). Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung.

Üblacker, J. (2019): Digital vermittelte Vernetzungsabsichten und Ressourcenangebote in 252 Kölner Stadtvierteln. R.G. Heinze, S. Kurtenbach & J. Üblacker (Hrsg.) *Digitalisierung und Nachbarschaft*. Baden-Baden: Nomos. S. 143-164.

Herausgeber

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
info@mags.nrw.de
www.mags.nrw

Autoren

Torsten Bölting (EBZ Business School / InWIS Forschung & Beratung GmbH),
Björn Eisele (InWIS Forschung & Beratung GmbH),
Sebastian Kurtenbach (FH Münster)

Projekträger:



InWIS Forschung & Beratung GmbH
Springorumallee 20a
44795 Bochum
Tel.: 0234 890 34-0
Fax: 0234 890 34-49
E-Mail: info@inwis.de
Internet: www.inwis.de
InWIS wird getragen von der
Gesellschaft der Freunde und
Förderer des InWIS e.V.



FH MÜNSTER
University of Applied Sciences

FH Münster
University of Applied Sciences
Fachbereich Sozialwesen,
Department of Social Work
Friesenring 32
48147 Münster
Tel.: 0251 83-65745
Fax: 0251 83-65702
E-Mail: kurtenbach@fh-muenster.de

Im Auftrag

des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Druck

Hausdruck MAGS

Diese Publikation kann bestellt oder
heruntergeladen werden:
www.mags.nrw/broschuerenservice



Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
info@mags.nrw.de
www.mags.nrw